

Evaluation der Bürgerbeteiligungsprozesse
in der Wissenschaftsstadt Darmstadt

Abschlussbericht

Sarah Perry, M.A. und Dr. Rolf Hackenbroch

16. März 2017

teleRESEARCH_{GmbH}
INSTITUT FÜR MARKTFORSCHUNG

Berliner Platz 1 • 67059 Ludwigshafen
mail@tele-research.de

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung.....	1
2. Studienbeschreibung.....	3
2.1 Bürger*innen.....	4
2.2 Verwaltung und Politik.....	7
3. Erreichte und nicht erreichte Bevölkerungsgruppen.....	7
3.1 Sozioökonomische Merkmale.....	8
3.2 Einstellungsbasierte Merkmale.....	12
3.3 Soziale Integrationsmerkmale.....	14
3.4 Fazit und erste Verbesserungsvorschläge.....	17
4 Informationen zu Bürgerbeteiligung in Darmstadt.....	19
4.1 Informierung über Bürgerbeteiligung.....	19
4.2 Informationsverhalten und Kenntnisstand zu Bürgerbeteiligung.....	22
4.3 Fazit und erste Verbesserungsvorschläge.....	24
5 Beurteilung von Bürgerbeteiligung in Darmstadt.....	25
5.1 Bürgerbeteiligung im Allgemeinen.....	25
5.2 Spezifische Bürgerbeteiligungsveranstaltungen.....	29
5.3 Fazit und erste Verbesserungsvorschläge.....	34
6 Verwendung der Bürgerbeteiligungsergebnisse im politischen Prozess.....	35
7 Potentiale für eine ‚bessere‘ Bürgerbeteiligung in Darmstadt.....	36
 Bibliographie.....	 40

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Erreichte und nicht erreichte Bevölkerungsgruppen der untersuchten Bürgerbeteiligungsveranstaltungen in Darmstadt.....	9
Abbildung 2: Berufstätigkeit der befragten Teilnehmer*innen.....	10
Abbildung 3: Berufsklassen der befragten Teilnehmer*innen.....	11
Abbildung 4: Motivation und Einstellungen der befragten Teilnehmer*innen zu Bürgerbeteiligung sowie gegenüber den verschiedenen Bürgerbeteiligungsakteuren.....	13
Abbildung 5: Wohndauer der Teilnehmer*innen.....	15
Abbildung 6: Anzahl der Personen im Haushalt der befragten Teilnehmer*innen der untersuchten Bürgerbeteiligungsveranstaltungen nach Haushalten mit und ohne Kinder jünger als 15 Jahre.....	17
Abbildung 7: Kenntnis von Informationen zur Bürgerbeteiligung in Darmstadt.....	22
Abbildung 8: wichtigste Informationsquellen zu spezifischen Beteiligungsprozessen.....	23
Abbildung 9: Beurteilung der Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten in Darmstadt.....	26
Abbildung 10: Zufriedenheit mit der Funktionsweise von Bürgerbeteiligung in Darmstadt.....	26
Abbildung 11: Erwartungsmanagement.....	30
Abbildung 12: Erwartungsmanagement nach Beteiligungsstufen.....	32
Abbildung 13: Beurteilung der Organisation und Durchführung von Bürgerbeteiligungsveranstaltungen.....	33

1. Einführung¹

Der erste Bürgerentscheid in der Wissenschaftsstadt Darmstadt fand am 7. Juni 2009 statt. Gegenstand war der Bau einer Umgehungsstraße. Die Abstimmung war das von den Bürger*innen Darmstadts herbeigeführte Resultat eines konfliktreichen Projektverlaufs². Zwar hatte sich eine Mehrheit von fast 55 Prozent der Abstimmenden im Bürgerentscheid gegen den Bau der Trasse ausgesprochen³. Um das benötigte Quorum von 25 Prozent der Stimmberechtigten in Darmstadt zu erreichen, fehlten dieser relativen Mehrheit jedoch absolut 204 Stimmen. Die konkreten Bedenken vieler Bürger*innen wurden von der Politik in Darmstadt dennoch aufgegriffen und in den Umplanungen berücksichtigt. Letztlich wurde die Nordostumgehungsstraße nicht realisiert⁴. Ob das gut oder schlecht ist, lässt sich nicht so leicht beantworten. Denn das Wahlergebnis ist insbesondere vor dem Hintergrund der niedrigen Wahlbeteiligung recht knapp. Der Beteiligungsprozess zur Nordostumgehungsstraße kann gegenwärtige Herausforderungen an die Demokratie gut illustrieren, die sich durch eine verbreitete Unzufriedenheit mit der Politik sowie einer niedrigen politischen Beteiligung der Bürger*innen ergeben.

In den meisten etablierten Demokratien wurde in den letzten Jahrzehnten Unzufriedenheit mit der Politik festgestellt, die sich u. a. in einem geringen Vertrauen in die Politik ausdrückt (Dalton, 2008). Auf der einen Seite wird die politische Unzufriedenheit auf die hohen Erwartungen von kritischen Bürger*innen zurückgeführt (Norris, 1999, 2011). Die kritischen Bürger*innen sind vornehmlich gut gebildete Personen mit anspruchsvollen Berufen und gutem Einkommen, bereits etwas älter und männlich (Brady, Verba, & Schlozman, 1995). Sie laufen Gefahr, die Politik mit ihren hohen Ansprüchen zu überfordern (Merkel, 2015, S. 27). Auf der anderen Seite ist die Unzufriedenheit mit der Politik bei einigen Bürger*innen darauf zurückzuführen, dass sie von der Politik nicht gehört werden und ihre Probleme deshalb ungelöst bleiben. Zu diesen Bürger*innen gehören vornehmlich Personen mit einem niedrigen sozio-

1 Eine Kurzfassung der Untersuchungsergebnisse kann dem zweiten Bürgerbeteiligungsbericht der Wissenschaftsstadt Darmstadt unter <https://da-bei.darmstadt.de/> entnommen werden.

2 https://da-bei.darmstadt.de/static/domain/2/Beschluss_Leitlinien.pdf; Zugriff am 17. November 2016.

3 https://www.darmstadt.de/fileadmin/Bilder-Rubriken/Rathaus/Politik/wahlen/PDF-Dateien/Buergerentscheide/BE_2009_Broschuere_Abstimmungsergebnis.pdf; Zugriff am 17. November 2016.

4 <https://www.darmstadt.de/leben-in-darmstadt/mobilitaet-und-verkehr/verkehrsentwicklung-und-projekte/nordostumgehung-nou/>; Zugriff am 17. November 2016.

ökonomischen Status. Sie tragen überdurchschnittlich zur generell niedrigen Beteiligung an Politik bei (Verba, Schlozman, & Brady, 1995). Die sich daraus ergebenden Defizite in der Repräsentativität von Politik haben sowohl eine eingeschränkte Legitimität als auch Effektivität von demokratischer Politik zur Folge.

Partizipation ist das Herzstück der Demokratie (Verba u.a., 1995, S. 1). Durch eine ‚gute‘ Beteiligung der Bürger*innen fühlen sie sich gehört. Darüber hinaus kann Beteiligung dabei helfen, politische Ergebnisse zu verbessern (Perry & van Deth, 2015, S. 120). Auch wenn das Endergebnis nicht allen Wünschen jedes Bürgers und jeder Bürgerin vollständig entsprechen kann, erhöhen die Möglichkeiten an politischen Vorhaben mitzuwirken die Akzeptanz von politischen Entscheidungen in der Bevölkerung (van Deth & Tausendpfund, 2012). Insgesamt hat eine ‚bessere‘ Beteiligung somit das Potential eine erhöhte Zufriedenheit mit der Politik herbeizuführen.

Um eine ‚bessere‘ Beteiligung der Bürger*innen zu erreichen, hat sich die Wissenschaftsstadt Darmstadt mit dem Beschluss des Magistrats am 12. Februar 2014⁵ und der Stadtverordnetenversammlung am 13. März 2014 die Entwicklung von Leitlinien für Bürgerbeteiligung zur Aufgabe gemacht⁶. Die dabei zu berücksichtigenden Qualitätskriterien für Beteiligungsprozesse wurden in einem dialogischen Prozess zwischen Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft in den Leitlinien für Bürgerbeteiligung formuliert. Die Umsetzung der Leitlinien für Bürgerbeteiligung wurde am 18. Februar 2015 durch den Magistrat und am 19. März 2015 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen⁷. Bis Ende 2016 fanden in der Wissenschaftsstadt Darmstadt 43 Bürgerbeteiligungsverfahren statt, wobei 22 Bürgerbeteiligungsverfahren im Jahr 2015 realisiert und 21 Bürgerbeteiligungsverfahren im Jahr 2016 durchgeführt wurden⁸. Die Umsetzung der Leitlinien für Bürgerbeteiligung in Darmstadt wurde von Sarah Perry und Rolf Hackenbroch, teleResearch GmbH, von Juni 2015 bis Dezember 2016 wissenschaftlich begleitet. Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung untersuchten sie die Qualität der Bürgerbeteiligungsprozesse in der Wissenschaftsstadt Darmstadt.

⁵ https://da-bei.darmstadt.de/static/domain/2/Beschluss_Leitlinien.pdf; Zugriff am 17.11.2016.

⁶ https://da-bei.darmstadt.de/static/domain/2/Leitlinien_final.pdf, S. 3; Zugriff am 17.11.2016.

⁷ <https://da-bei.darmstadt.de/discuss/leitlinien>; Zugriff am 18.11.16.

⁸ https://da-bei.darmstadt.de/static/domain/2/Erster_Buergerbeteiligungsbericht_Darmstadt.pdf; Zugriff am 17.11.2016.

Nach einer kurzen Erläuterung der Studie werden die zentralen Ergebnisse der systematischen Untersuchungen der Qualität städtischer Bürgerbeteiligungsprozesse in Darmstadt in sechs Kapiteln präsentiert. Zunächst ist die Repräsentativität der städtischen Beteiligungsprozesse der inhaltliche Schwerpunkt des dritten Kapitels, wobei es um das sozio-ökonomische und einstellungsbasierte Profil von erreichten und nicht erreichten Bevölkerungsgruppen in Darmstadt sowie um ihre soziale Eingebundenheit geht. Das vierte Kapitel beschäftigt sich auf der einen Seite mit der Informierung der Bürger*innen zu Bürgerbeteiligung. Auf der anderen Seite geht es im vierten Kapitel um den Kenntnisstand zu Bürgerbeteiligung und das Informationsverhalten der Bürger*innen. Im fünften Kapitel geht es um die Zufriedenheit mit den Bürgerbeteiligungsverfahren. Dabei werden die Beurteilungen von Bürgerbeteiligung im Allgemeinen und verschiedener Bürgerbeteiligungsveranstaltungen im Spezifischen untersucht. Im sechsten Kapitel geht es um die Zufriedenheit mit den Ergebnissen von Bürgerbeteiligung. In diesem Zusammenhang wird auch untersucht, wie Verwaltung und Politik im weiteren Verlauf des Entscheidungsprozesses mit den Ergebnissen der Bürgerbeteiligungsverfahren umgehen. Um konkrete Verbesserungsvorschläge für die Bürgerbeteiligungsprozesse in der Wissenschaftsstadt Darmstadt abzuleiten, werden im letzten Kapitel die zentralen Ergebnisse kompakt zusammengefasst.

2. Studienbeschreibung

Die Evaluation der Leitlinien für Bürgerbeteiligung und ihrer Umsetzung in der Wissenschaftsstadt Darmstadt hat sich die systematische Untersuchung des Funktionierens städtischer Bürgerbeteiligungsprozesse zum Ziel gesetzt. Im Zuge der Evaluation sollen Chancen und Herausforderungen in der praktischen Umsetzung der Leitlinien für Bürgerbeteiligung identifiziert und ihre Hintergründe analysiert werden. Die Ergebnisse der systematischen Evaluation der städtischen Bürgerbeteiligungsverfahren ermöglichen schließlich die Formulierung von Verbesserungsmöglichkeiten für Bürgerbeteiligungsprozesse in der Wissenschaftsstadt Darmstadt.

Die Evaluation verfolgt mit der Ableitung der Indikatoren aus den Qualitätskriterien für Beteiligungsprozesse, die in den Leitlinien für Bürgerbeteiligung formuliert sind, und ihrer Anreicherung mit einschlägigen Erkenntnissen aus der Forschung einen ganzheitlichen Ansatz. Ein ähnliches Prinzip wird auch mit der umfassenden Berücksichtigung aller für Bürgerbeteiligungsprozesse relevanten verschiedenen Akteursgruppen verfolgt: den Bürger*innen, der Verwaltung und Politik. Dem ganzheitlichen Ansatz folgend ist die Untersuchungsstrategie durch einen Methodenmix gekennzeichnet. Die Erwartungen der Bürger*innen an Bürgerbeteiligung in der

Wissenschaftsstadt Darmstadt, ihre Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung und ihre Beurteilungen von Bürgerbeteiligung wurden mit quantitativen Methoden untersucht. Der Perspektive der Vertreter*innen von Verwaltung und Politik wurde sich mit qualitativen Methoden zugewandt.

2.1. Bürger*innen

Wenn es um die Beurteilung von Bürgerbeteiligungsprozessen in Darmstadt geht, sind zunächst die Teilnehmer*innen von Bürgerbeteiligungsverfahren die primär zu berücksichtigende Zielgruppe. Zur Erfassung und Untersuchung ihrer Erwartungen, Erfahrungen und Beurteilungen bedarf es folglich zunächst einer Auswahl von konkret zu untersuchenden Bürgerbeteiligungsveranstaltungen. Die Auswahl erfolgte in erster Linie entlang der von Arnstein (1969) entwickelten Beteiligungsstufen.

Ausgangspunkt für die Systematisierung von in Darmstadt eingesetzten Bürgerbeteiligungsinstrumenten ist die von Arnstein (1969, S. 217) konzipierte Leiter der Partizipation. Die Auswahl der zu untersuchenden Beteiligungsstufen erfolgte anhand der Rahmenbedingungen der Bürgerbeteiligung in Darmstadt. Die Rahmenbedingungen für Bürgerbeteiligung in Darmstadt entsprechen weitgehend den Verhältnissen einer „kooperativen Demokratie“ (Holtkamp, Bogumil, & Kißler, 2006). In einer kooperativen Demokratie wird Bürgerbeteiligung als freiwillige und dialogisch-orientierte, kollektive Lösung von Problemen verstanden, wobei Entscheidungskompetenzen in den Händen der Politik verbleiben (Bogumil, 2001, S. 212). Es geht hier also insbesondere um die Einbindung der Bürger*innen in den Prozess der Entscheidungsfindung. Entscheidungsfindungsaspekte können in der Partizipationsleiter von Arnstein (1969) den mittleren drei von neun Stufen zugeordnet werden. Während Stufe 1 und 2 Formen von nicht-Beteiligung abdecken und die Stufen 6 bis 8 über die Beteiligung an der politischen Entscheidungsfindung hinausgehen, bezieht sich Stufe 3 auf das Informieren, Stufe 4 auf das Anhören und Stufe 5 auf das Mitgestalten der Bürger*innen⁹.

Beteiligungsstufe „Informieren“

Informationsveranstaltungen zählen streng genommen nicht zur Beteiligung der Bürger*innen im engen Sinne:

⁹ Auf diese drei Beteiligungsstufen wird auch mit den Begriffen Informierung, Konsultation und Kooperation verwiesen (vgl. z. B. http://www.wissenschaft-im-dialog.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Zukunftswerkstatt/Dokumente/Evaluationsbericht_Zukunftswerkstatt_Buergerbeteiligung.pdf; Zugriff am 24. November 2016.)

„Die reine (und oftmals selektive) Vermittlung von Informationen im Rahmen solcher Veranstaltungen kann [aber] nicht als eine tatsächliche Form der partizipativen Einflussnahme angesehen werden“ (Nanz & Fritsche, 2012, S. 32).

Partizipative Einflussnahme setzt erst dann ein, wenn ein Verfahren Input liefert – für die Teilnehmenden, öffentliche Debatten oder auch politisch Verantwortlichen. Allerdings hängen „hören und gehört werden“ sowohl in der Konzeption von Arnstein (1969) als auch in der demokratischen Praxis eng zusammen, weil Information eine zentrale Voraussetzung für gelingende Bürgerbeteiligung darstellt.

Informationsverfahren dienen zwar in erster Linie der Weitergabe von Informationen über städtische Vorhaben an Zielgruppen. Allerdings ermöglichen Informationsveranstaltungen das Zusammentreffen von Vertreter*innen aus Politik, Verwaltung und der Bürgerschaft. Sie stellen eine wichtige Plattform dar, um Nachfragen zu stellen, Hoffnungen und Sorgen zu äußern, sich auszutauschen und zu vernetzen. Auf Basis der ersten Informationen und Kontakte eröffnen Informationsveranstaltungen Möglichkeiten selbst aktiv zu werden – sei es im weiteren Verlauf des Beteiligungsverfahrens oder unabhängig davon. Weil die Informierung darüber hinaus eine wichtige Vorstufe der Partizipation darstellt, soll sie im Rahmen der Studie explizit miteinbezogen werden.

Informationsveranstaltungen werden in Darmstadt recht häufig eingesetzt, wobei sie in den meisten Fällen den Beginn eines weitergehenden Beteiligungsprozesses darstellen, in Zuge dessen die Bürger*innen anhörend oder mitwirkend eingebunden werden.

Beteiligungsstufe „Anhören“

Neben der Informierung der Bürger*innen bzw. der zu beteiligten Zielgruppe steht bei Veranstaltungen auf der Beteiligungsstufe „Anhören“ die Diskussion von Themen, Fragestellungen und Problemen im Vordergrund. Die Bevölkerung soll die Möglichkeit erhalten ihre Interessen, Vorschläge, Wünsche und Ideen einzubringen. Bei der Mitwirkung der Bürger*innen auf der Beteiligungsstufe „Anhören“ geht es um das punktuelle Einbringen und Diskutieren von Meinungen und Ideen zu spezifischen Projekten in der Stadt¹⁰. Typische Veranstaltungen auf der Stufe „Anhören“ sind etwa Bürgerdialoge oder Planungswerkstätten. Aber auch die Bürgerbefragung und der Bürgerhaushalt können dazu gezählt werden.

¹⁰ http://www.wissenschaft-im-dialog.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Zukunftswerkstatt/Dokumente/Evaluationsbericht_Zukunftswerkstatt_Buergerbeteiligung.pdf; Zugriff am 24. November 2016.

Beteiligungsstufe „Mitgestalten“

In Beteiligungsinstrumenten, die zur Kategorie „Mitgestalten“ zählen, wird dauerhafte Vernetzung angestrebt, welche die Einflussnahme genereller Entwicklungen in der Stadt ermöglicht¹¹. Die Einflussmöglichkeiten sind dabei entsprechend breit und umfassen in den meisten Fällen auch das Informieren und Anhören der Bürger*innen. Stadtteilforen und andere dauerhafte Interessenvertretungen, wie z. B. von Ausländern oder älteren und jüngeren Personen, entsprechen typischen Veranstaltungen auf der Beteiligungsstufe „Mitgestalten“.

Die Befragung der Bürger*innen konnte zwischen August und Oktober 2016 bei vier verschiedenen Beteiligungsverfahren realisiert werden: Bei einer Informationsveranstaltung, bei zwei Veranstaltungen, die dem Anhören der Bürger*innen dienten sowie bei einer Veranstaltung, in der es um das Mitgestalten Bürger*innen ging. Insgesamt konnten somit 120 Bürger*innen befragt werden, wobei ein standardisierter Fragebogen eingesetzt wurde¹². Vor dem Hintergrund der sehr guten Rücklaufquote der Fragebögen zwischen 50 und 62 Prozent können die Ergebnisse als repräsentativ für die Teilnehmer*innen der vier untersuchten Bürgerbeteiligungsveranstaltungen erachtet werden. Eine Repräsentativität der Ergebnisse für alle Beteiligungsveranstaltungen in Darmstadt kann hingegen nicht gewährleistet werden. Die Ergebnisse der Untersuchung können vor diesem Hintergrund als ein Zwischenfazit zur Halbzeit der Pilotphase zur Umsetzung der Leitlinien für Bürgerbeteiligung von drei Jahren verstanden werden. Sie sollen die Möglichkeit bieten rechtzeitig nachzusteuern. Ein weiterer Einsatz des Fragebogens in künftigen Bürgerbeteiligungsveranstaltungen zur stetigen Evaluation ist geplant. Darüber hinaus soll der Fragebogen künftig in die repräsentative Bürgerumfrage in Darmstadt integriert werden¹³, die seit 2006 alle drei Jahre stattfindet¹⁴.

¹¹ http://www.wissenschaft-im-dialog.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Zukunftswerkstatt/Dokumente/Evaluationsbericht_ZukunftWerkStadt_Buergerbeteiligung.pdf; Zugriff am 24. November 2016.

¹² Gleichwohl bot der Fragebogen mit offenen Antwort- und Kommentarmöglichkeiten ausreichend Raum dafür, über die standardisierten Aspekte hinausgehende Meinungen zum Ausdruck zu bringen.

¹³ https://darmstadt.more-rubin1.de/beschluesse_details.php?vid=273103100129&nid=ni_2016-Mag-454&status=1&suchbegriffe=externe+evaluation&select_koerperschaft=&select_gremium=&datum_von=01.01.2006&datum_bis=19.12.2017&entry=0&x=12&y=14; Zugriff am 22. November.

¹⁴ https://www.darmstadt.de/fileadmin/Bilder-Rubriken/Standort/Statistik_und_Stadtforschung/pdf/jahrbuch/13Umfragen/K13-text.pdf; Zugriff am 22. November 2016.

2.2. Verwaltung und Politik

Die Erwartungen, Erfahrungen und Beurteilungen der Vertreter*innen aus Verwaltung und Politik wurden mit qualitativen Interviews erfasst. Anhand eines Gesprächsleitfaden wurden ebenfalls zwischen August und Oktober 2016 insgesamt fünf Mitarbeiter*innen aus der Verwaltung und vier Stadtverordnete befragt. Die Gespräche dauerten zwischen 60 und 90 Minuten.

Die Mitarbeiter*innen der Verwaltung setzten sich aus allen fünf Dezernaten zusammen und sind mit Aufgaben im Bereich Bürgerbeteiligung betraut. Die vier Stadtverordneten, die sich bereit erklärt haben an der Studie teilzunehmen, kamen zwar aus unterschiedlichen Fraktionen. Sie können allerdings nicht alle in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen vollständig abdecken.

Insgesamt geben die Ergebnisse der Befragungen einen guten Überblick über die Einstellungen und Haltungen in Verwaltung und Politik, bieten jedoch kein streng repräsentatives Abbild aller Akteure in diesen Handlungsfeldern. Da jedoch in den durchgeführten Gesprächen auch immer auf die Sichtweise der Verwaltungsmitarbeiter*innen und der Stadtverordneten insgesamt Bezug genommen wurde, bieten die hier gewonnenen Aussagen einen gehaltvollen Einblick in beide Akteursgruppen.

3. Erreichte und nicht erreichte Bevölkerungsgruppen

Dass sich an Politik immer die gleichen Bürger*innen beteiligen, kann die Politikwissenschaft bereits seit Jahrzehnten empirisch nachweisen (vgl. Schlozman, Verba, & Brady, 2012). Die Repräsentativität von politischer Partizipation stellt daher eines der größten Herausforderungen in Demokratien dar. In den Leitlinien für Bürgerbeteiligung der Stadt Darmstadt nimmt die Verbesserung der politischen Chancengleichheit ebenfalls eine zentrale Rolle ein. So stellt die Einbindung schwer erreichbarer Zielgruppen das erstgenannte Kriterium ‚guter‘ Bürgerbeteiligung dar¹⁵. Für die Beteiligung der Bürger*innen an der Politik gibt es dem ‚Civic Voluntarism‘-Ansatz zufolge drei Erklärungen, die empirisch bereits vielfach bestätigt werden konnten (vgl. Verba u.a., 1995). Menschen beteiligen sich nicht, weil sie nicht können, nicht wollen oder weil sie keiner gefragt hat. Die Ressourcenausstattung, ihre Einstellungen und soziale Integration stellen demnach wichtige Faktoren dar, anhand derer die Repräsentativität von Bürgerbeteiligung in Darmstadt untersucht werden kann. Um festzustellen, wie gleich die politische Beteiligung der Bürger*innen über die

¹⁵ vgl. https://da-bei.darmstadt.de/static/domain/2/Leitlinien_final.pdf, S. 6; Zugriff am 18. November 2016.

verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in Darmstadt verteilt ist, werden zunächst die erreichten und nicht erreichten Zielgruppen in den untersuchten Bürgerbeteiligungsverfahren anhand objektiver Kennzahlen identifiziert. Darüber hinaus wird das einstellungsbasierte Profil der befragten Teilnehmer*innen der untersuchten Beteiligungsverfahren erstellt sowie ihre soziale Einbindung betrachtet¹⁶. Um die Gültigkeit der Ergebnisse der untersuchten Beteiligungsveranstaltungen für die Gesamtheit der Beteiligungsveranstaltungen in Darmstadt zu verbessern, werden die statistischen Ergebnisse dabei mit den Einschätzungen aus Bevölkerung, Verwaltung und Politik abgeglichen und angereichert. Alle drei Akteursgruppen nehmen Verbesserungsbedarf bei der Repräsentativität von Bürgerbeteiligung in Darmstadt wahr. Abschließend werden die zentralen Erkenntnisse kurz zusammengefasst und erste Verbesserungsvorschläge benannt.

3.1. Sozioökonomische Merkmale

Wenn Menschen sich nicht beteiligen, weil ihnen die Möglichkeiten fehlen, spielen insbesondere ihre persönlichen Merkmale und Ressourcen eine wichtige Rolle. In Abbildung 1 sind die Abweichungen des Anteils verschiedener Bevölkerungsgruppen in den untersuchten Beteiligungsveranstaltungen von ihrem tatsächlichen Anteil in der Gesamtbevölkerung in Prozent abgetragen. Dabei konnten zur Einschätzung der Repräsentativität der untersuchten Bürgerbeteiligungsverfahren das Geschlecht, der Migrationshintergrund, das Alter und der Bildungsstand der befragten Teilnehmer*innen berücksichtigt werden.

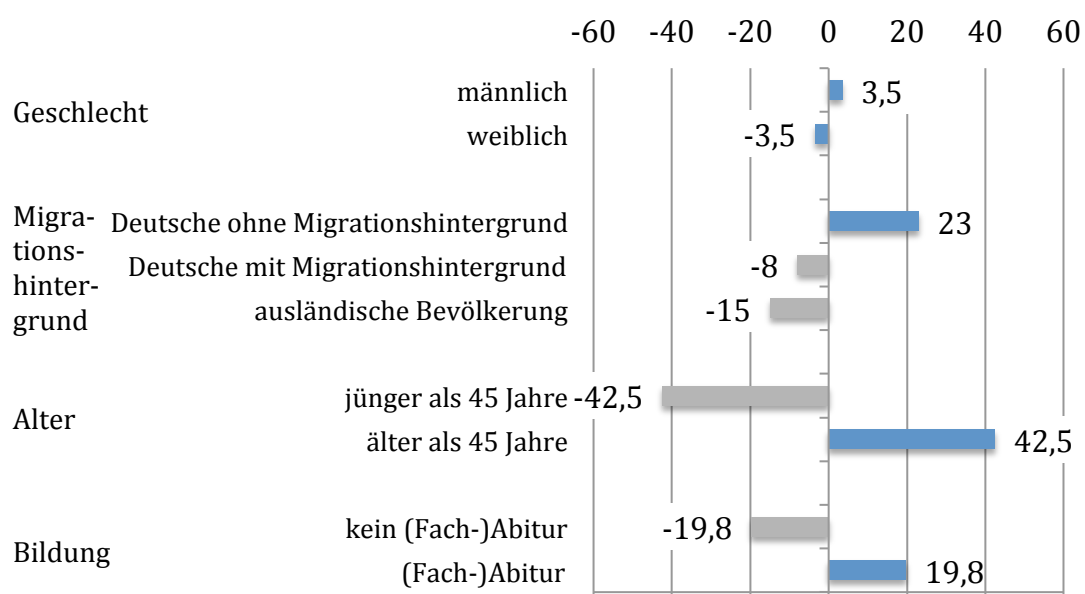
Die Ergebnisse zeigen, dass sowohl Männer als auch Frauen ihrem Anteil in der Gesamtgesellschaft entsprechend in den untersuchten Beteiligungsveranstaltungen vertreten sind. Vom Geschlecht abgesehen ergeben sich mit Hinblick auf alle anderen betrachteten Merkmale jedoch deutliche Abweichungen. Die größten Abweichungen bestehen mit dem Hinblick auf das Alter der erreichten und nicht erreichten Bevölkerungsgruppen. So ist der Anteil von Personen, die älter sind als 45 Jahre, in den untersuchten Beteiligungsveranstaltungen rund 43 Prozentpunkte höher als in der Gesamtbevölkerung Darmstadts. Personen, die jünger sind als 45 Jahre, sind im Gegenzug unter den befragten Teilnehmer*innen der untersuchten Beteiligungsveranstaltungen unterrepräsentiert. Auch mit Bezug auf den Migrationshintergrund und den Bildungsstand der erreichten und nicht

¹⁶ Diese Informationen sind nicht nur für die Ableitung der Merkmale von nicht erreichten Bevölkerungsgruppen wichtig. Vor dem Hintergrund der Merkmale der erreichten Bevölkerungsgruppen lassen sich auch im späteren Verlauf der Untersuchung ihr Kenntnisstand und Informationsverhalten sowie ihre Beurteilungen von Bürgerbeteiligung besser einschätzen.

erreichten Bevölkerungsgruppen bestehen deutliche Abweichungen. So ist der Anteil Deutscher ohne Migrationshintergrund in den untersuchten Beteiligungsveranstaltungen um 23 Prozentpunkte höher als in Darmstadt insgesamt. Im Gegenzug finden sich Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit und Deutsche mit Migrationshintergrund weniger häufig unter den befragten Teilnehmer*innen als in der Darmstädter Gesamtbevölkerung. Personen, die nicht mindestens über die Fachhochschulreife verfügen, sind ebenfalls unter den befragten Teilnehmer*innen unterrepräsentiert. Ihr Anteil ist in den untersuchten Beteiligungsveranstaltungen um fast 20 Prozentpunkte niedriger als in der Gesamtbevölkerung in Darmstadt. Die befragten Teilnehmer*innen verfügen stattdessen in überdurchschnittlicher Weise mindestens über Fachabitur. Diese Ergebnisse sind nicht Darmstadt-spezifisch, sondern decken sich mit den einschlägigen Erkenntnissen der empirischen Sozialforschung.

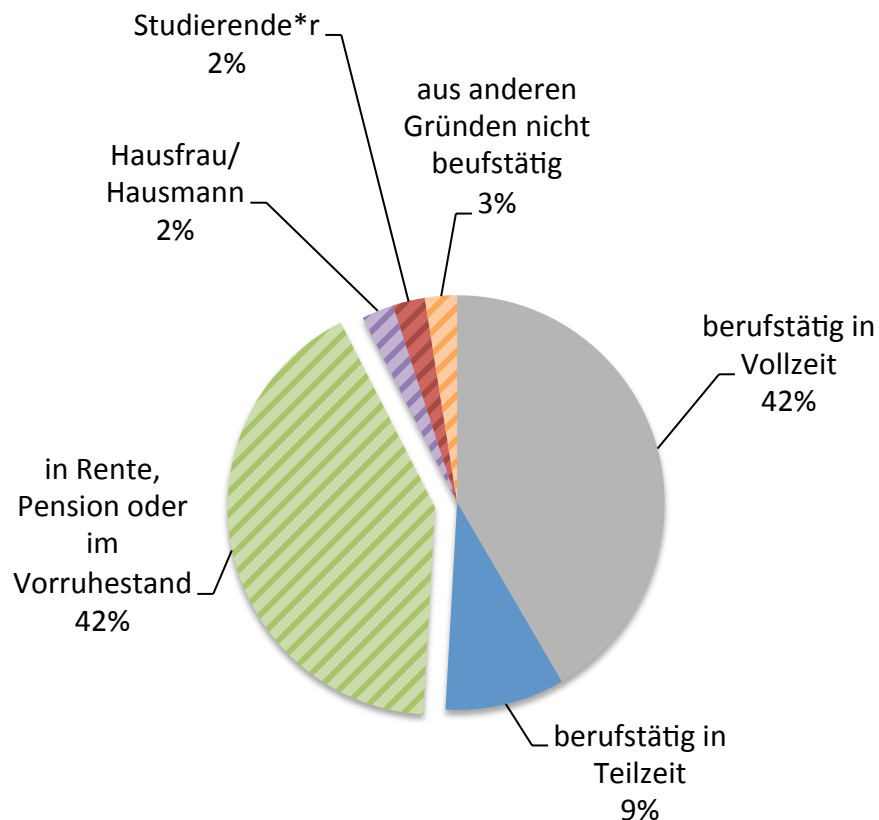
Die Ergebnisse in Abbildung 1 decken sich weitgehend mit den Einschätzungen der befragten Verwaltungsmitarbeiter*innen und Stadtverordneten. Auch sie zählen junge Menschen, mit Migrationshintergrund und niedrigem Bildungsstand zu den nicht erreichten Bevölkerungsgruppen. Außerdem fehlen in den Bürgerbeteiligungsprozessen ihrer Meinung nach Menschen mit Behinderung. Zu den in Bürgerbeteiligungsverfahren überrepräsentierten Gruppen gehören aus Sicht von Verwaltung und Politik vorwiegend Menschen, die älter als 50 Jahre über eine akademische Ausbildung verfügen und sich gut artikulieren können sowie oft einen planungsrelevanten Hintergrund haben.

Abbildung 1: Erreichte und nicht erreichte Bevölkerungsgruppen der untersuchten Bürgerbeteiligungsveranstaltungen in Darmstadt (Abweichungen vom Anteil in der Gesamtbevölkerung in Darmstadt, in Prozent)



N = mind. 115

Abbildung 2: Berufstätigkeit der befragten Teilnehmer*innen (Anteil in Prozent)

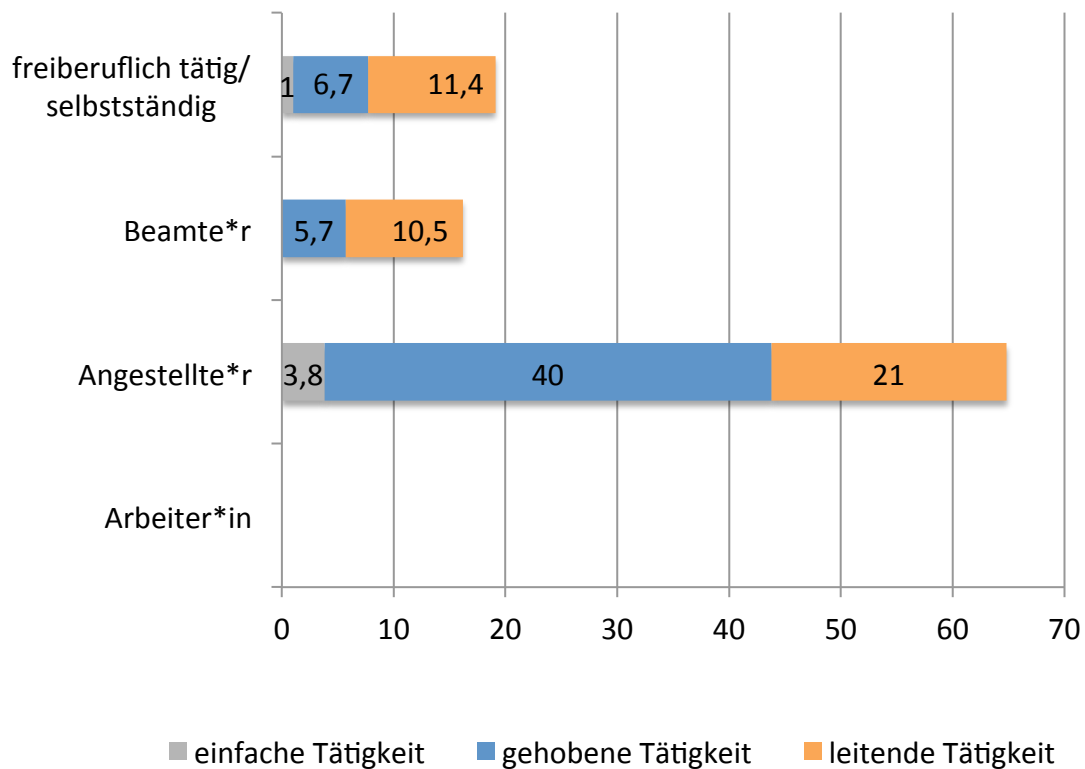


N = 118

Dass ältere Personen in den untersuchten Bürgerbeteiligungsveranstaltungen überrepräsentiert sind, spiegelt sich auch mit Hinblick auf die Berufstätigkeit der erreichten Bevölkerungsgruppen wieder. Wie in Abbildung 2 zu sehen ist, befinden sich 42 Prozent der befragten Teilnehmer*innen im Ruhestand. Von den Personen im Ruhestand abgesehen sind die meisten befragten Teilnehmer*innen der untersuchten Beteiligungsveranstaltungen in Vollzeit berufstätig. Es gibt unter den Teilnehmer*innen der vier untersuchten Beteiligungsveranstaltungen im Gegenzug kaum Personen, die nicht berufstätig sind. Hausfrauen*männer, Studierende und Personen, die aus anderen Gründen nicht berufstätig sind, machen gemeinsam einen Anteil von gerade einmal ca. sieben Prozent aus.

Dass Personen mit einem niedrigen Bildungsstand unter den Teilnehmer*innen von Bürgerbeteiligungsverfahren unterrepräsentiert sind, zeigt sich im Gegenzug in den Berufsklassen der befragten Teilnehmer*innen in Abbildung 3. So hat an den untersuchten Bürgerbeteiligungsveranstaltungen nicht eine einzige Arbeiter*in teilgenommen. Auch Personen, die in ihrem Beruf einfachen Tätigkeiten nachgehen, finden sich kaum unter den Teilnehmer*innen.

Abbildung 3: Berufsklassen der befragten Teilnehmer*innen (Anteil in Prozent)



N = 106

Mit Hinblick auf das sozioökonomische Profil der erreichten und nicht erreichten Zielgruppen lässt sich also zusammenfassen, dass lediglich beim Geschlecht keine großen Unterschiede bestehen. Männer und Frauen finden sich gleichermaßen unter den Teilnehmer*innen der untersuchten Bürgerbeteiligungsverfahren in Darmstadt. Die Teilnehmerzusammensetzung der untersuchten Beteiligungsveranstaltungen weicht hingegen mit Hinblick auf das Alter, den Migrationshintergrund und Bildungsstand von der Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung in Darmstadt ab. Zu den Personengruppen, die mit den Bürgerbeteiligungsverfahren erreicht wurden, gehören vornehmlich ältere Bürger*innen ohne Migrationshintergrund, mit einem höheren Bildungsstand und anspruchsvollen Beruf sowie Personen im Ruhestand. Im Gegenzug konnten niedrig gebildete Bürger*innen, die einem Beruf mit niedrigem Anforderungsniveau nachgehen und jünger als 45 Jahre alt sind, eher nicht erreicht werden. Nach Einschätzung von Politik und Verwaltung gehören darüber hinaus Menschen mit Behinderung zu den nicht erreichten Bevölkerungsgruppen.

3.2. Einstellungsbasierte Merkmale

Wenn Bürger*innen sich nicht beteiligen wollen, fehlt ihnen möglicherweise gemeinsam mit anderen beteiligungsförderlichen Einstellungen die Motivation. Abbildung 4 fasst die Motivation der befragten Bürger*innen der untersuchten Bürgerbeteiligungsprojekte zusammen, ihre Einstellung zur Beteiligung der Bürger*innen an Politik sowie ihre Einstellungen gegenüber den verschiedenen Bürgerbeteiligungsakteuren. Die angegebenen Werte spiegeln den Anteil derjenigen Personen wieder, die mit der jeweiligen Aussage konfrontiert, entweder „eher“ oder „voll und ganz“ zustimmen bzw. „eher“ oder „voll und ganz“ vertrauen.

Die Ergebnisse in Abbildung 4 zeigen, dass die befragten Teilnehmer*innen der untersuchten Bürgerbeteiligungsveranstaltungen politisch höchst motiviert sind. So ist fast ausnahmslos jede*r befragte Teilnehmer*in am politischen Geschehen in Darmstadt, an umfassender Information über das lokalpolitische Geschehen sowie an der eigenen Beteiligung am politischen Geschehen in Darmstadt interessiert. Die befragten Teilnehmer*innen bringen dabei durchaus beteiligungsförderliche Einstellungen in die Beteiligungsveranstaltungen. Denn fast alle befragten Teilnehmer*innen der untersuchten Beteiligungsveranstaltungen erachten eine Beteiligung möglichst vieler Bürger*innen als gut, auch wenn eine breite Beteiligung unter Umständen politische Entscheidungsprozesse erschweren kann. Denn fast alle Befragten erhoffen sich, dass die Beteiligung der Bürger*innen die Qualität politischer Entscheidungen verbessert. In diesem Zusammenhang äußern einige der befragten Bürger*innen Bedenken dahingehend, dass politische Ergebnisse auf Grund der Beteiligung der Bürger*innen ganz ausbleiben können. So heißt es im offenen Teil der Befragung etwa:

„Durch Bürgerbeteiligung werden die Prozesse langsamer. Durch die gegensätzlichen Meinungen werden Planungen begraben und Prozesse verzögert. Hier ist ein Konzept nötig, so dass es doch zu Ergebnissen kommt“.

Abbildung 4: Motivation und Einstellungen der befragten Teilnehmer*innen zu Bürgerbeteiligung sowie gegenüber den verschiedenen Bürgerbeteiligungsakteuren (Anteil derjenigen Personen, die mind. „eher interessiert“ sind, der Aussage mind. „eher zustimmen bzw. den Akteursgruppen „eher vertrauen“, in Prozent)

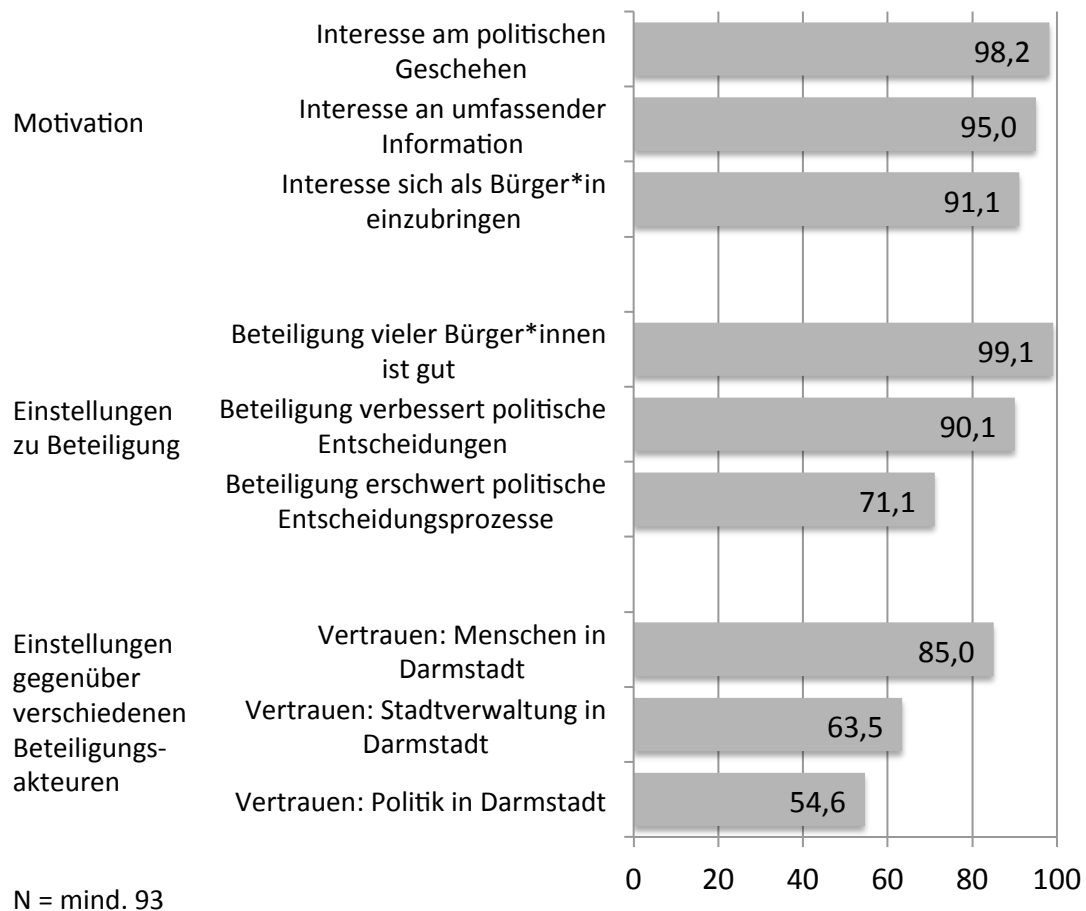


Abbildung 4 ist weiterhin zu entnehmen, dass die befragten Teilnehmer*innen der untersuchten Beteiligungsveranstaltungen ihren Mitbürger*innen zumeist mit Vertrauen begegnen, was eine wichtige Voraussetzung für eine Kooperation miteinander ist. Mit einem Anteil von 85 Prozent vertrauen die meisten Befragten den Menschen in Darmstadt eher oder voll und ganz. Der Anteil derjenigen befragten Personen, die der Stadtverwaltung vertrauen ist mit rund 64 Prozent etwas niedriger. Am niedrigsten ist der Anteil der Befragten, die der Politik in Darmstadt vertrauen. Er beträgt ca. 55 Prozent. Die Ergebnisse mit Hinblick auf das relativ niedrige Vertrauen in die verschiedenen politischen Institutionen und ihre Amtsträger*innen sind im Vergleich mit anderen politischen Einheiten nicht außergewöhnlich, sondern decken sich mit den Ergebnissen anderer Untersuchungen (Schnaudt, 2013).

Das einstellungsbasierte Profil der befragten Teilnehmer*innen lässt sich also wie folgt zusammenfassen: Sie sind politisch höchst motiviert, Bürgerbeteiligung

gegenüber äußerst positiv eingestellt und vertrauen den Bürger*innen in Darmstadt – der Verwaltung und der Politik in Darmstadt aber vergleichsweise eher wenig. Es liegen zwar keine Vergleichsdaten zu den nicht erreichten Bevölkerungsgruppen vor. Es kann vor dem Hintergrund der sehr hohen politischen Motivation sowie der sehr positiven Einstellungen gegenüber Bürgerbeteiligung jedoch davon ausgegangen werden, dass die Werte bei den nicht erreichten Bevölkerungsgruppen wahrscheinlich niedriger ausfallen.

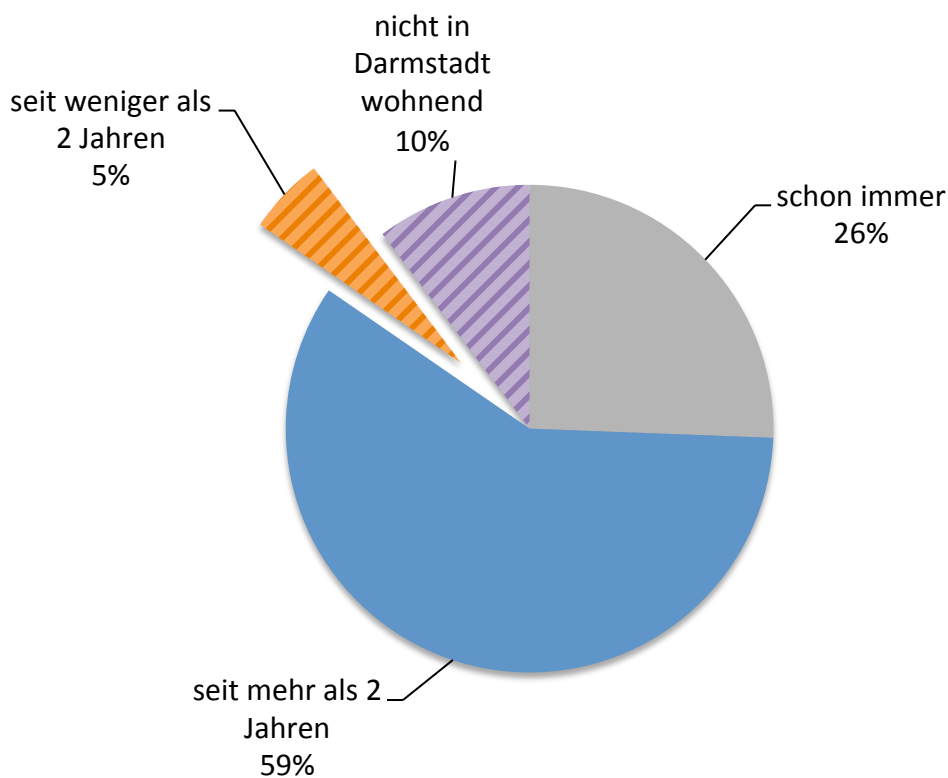
3.3. Soziale Integrationsmerkmale

Wenn Bürger*innen nicht partizipieren, weil sie nicht gefragt werden, dann mangelt es ihnen an potentiell mobilisierenden Kontakten. Die soziale Integration lässt sich anhand des Haushaltsumfangs und seiner Zusammensetzung, der Berufstätigkeit, der Wohndauer in Darmstadt und den Vereinsaktivitäten einschätzen. Mit jeder zusätzlichen Person im Haushalt, multiplizieren sich die Möglichkeiten zur Beteiligung aufgefordert zu werden. Denn eine Aktivierung kann nicht nur durch die Haushaltsmitglieder selbst geschehen, sondern auch durch die Kontakte der Haushaltsmitglieder untereinander (Perry, 2014, S. 121). Darüber hinaus konnte bereits empirisch nachgewiesen werden, dass Elternschaft in vielen Fällen eine stärkere Integration in den Wohnort zur Folge hat (Bühlmann, 2010). Die Berufstätigkeit kann ebenfalls eine integrationsförderliche Wirkung entfalten. Wer einer beruflichen Tätigkeit nachgeht, vervielfältigt die Möglichkeiten, auf andere Menschen zu treffen und von ihnen mobilisiert zu werden (Wilson, 2000). Diese Mobilisierungsmöglichkeiten bestehen auch bei Aktivitäten in Vereinen, Verbänden und anderen Institutionen. Nicht zuletzt kann sich die Wohndauer in der Stadt positiv auf die soziale Integration auswirken. Denn je länger eine Person bereits in Darmstadt wohnt, desto länger bestand für diese Person bereits die Möglichkeit mit Mitbürger*innen, Organisationen sowie Politik und Verwaltung in Kontakt zu kommen.

Abbildung 5 fasst zunächst die Wohndauer der erreichten Bürger*innen zusammen. Die Ergebnisse zeigen, dass 85 Prozent der befragten Teilnehmer*innen der untersuchten Beteiligungsveranstaltungen alteingesessene Darmstädter*innen sind: 59 Prozent der Befragten leben seit mehr als zwei Jahren in Darmstadt, 26 Prozent schon immer. Der Anteil derjenigen Personen, die seit weniger als zwei Jahren in Darmstadt wohnen, beträgt lediglich um die fünf Prozent. Zehn Prozent der befragten Teilnehmer*innen der untersuchten Beteiligungsveranstaltungen sind hingegen überhaupt nicht in Darmstadt wohnhaft.¹⁷

¹⁷ Hierbei könnte es sich um interessierte Gäste aus dem Umland oder Personen handeln, die nicht ihren ersten Wohnsitz in Darmstadt unterhalten.

Abbildung 5: Wohndauer der Teilnehmer*innen (in Prozent)



N = 117

Dass neben den Personen im Ruhestand vornehmlich berufstätige Personen zu den befragten Teilnehmer*innen der untersuchten Bürgerbeteiligungsveranstaltungen zählen, wurde bereits in Abbildung 2 deutlich. Zwar liegen keine eindeutigen Daten zur Arbeitslosenquote der befragten Teilnehmer*innen der untersuchten Bürgerbeteiligungsveranstaltungen vor. Allerdings kann auf Basis der Informationen zur Berufstätigkeit in Abbildung 2 geschlossen werden, dass der Anteil im Kreis der befragten Teilnehmer*innen der untersuchten Bürgerbeteiligungsveranstaltungen unter der Arbeitslosenquote in der Wissenschaftsstadt Darmstadt liegen könnte. Denn diejenigen Personen, die „aus anderen Gründen nicht berufstätig“ sind, machen nicht mehr als drei Prozent aller befragten Teilnehmer*innen aus. Die Arbeitslosenquote in der Wissenschaftsstadt Darmstadt lag zwischen August und Oktober 2016 dahingegen im Mittel bei ca. 4,6 Prozent¹⁸. Allerdings sind neben der eingeschränkten Vergleichbarkeit der Daten auch die Abweichungen zu gering, um zur Repräsentativität von Arbeitslosen verlässliche Aussagen treffen zu können.

¹⁸ <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/BA-Gebietsstruktur/Hessen/Darmstadt-Nav.html>; Zugriff am 21. November 2016.

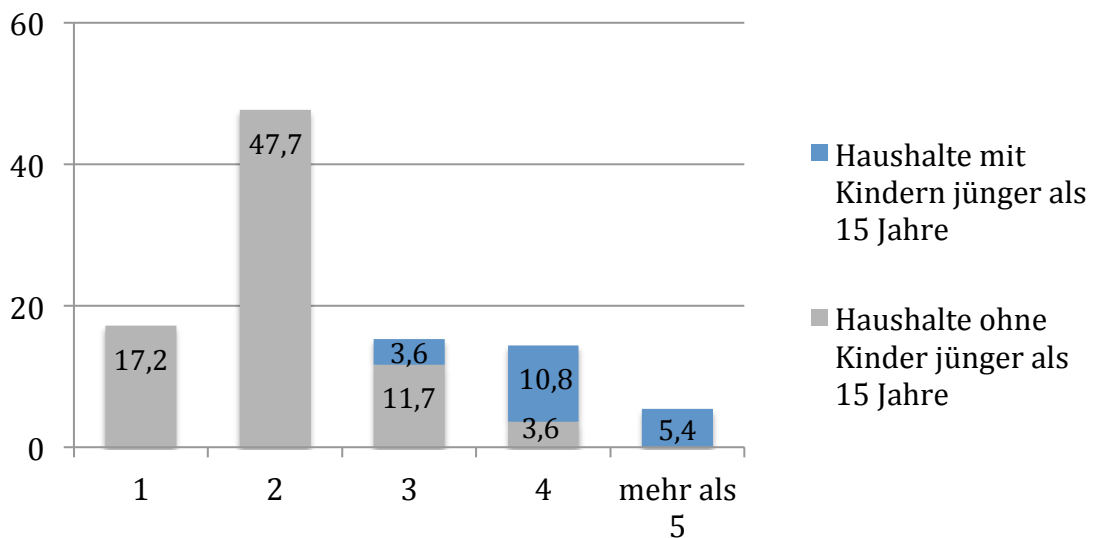
Die befragten Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung erkennen in der sozialen Integration ebenfalls ein Merkmal, das zur ungleichen Bürgerbeteiligung in Darmstadt beiträgt. In diesem Zusammenhang zählen die Verwaltungsmitarbeiter*innen und Stadtverordneten Personen zu den überrepräsentierten Gruppen, die in Vereinen, Verbänden oder anderen Organisationen eingebunden sind. Menschen, die nicht in Organisationen aktiv sind, werden nach Einschätzung von Politik und Verwaltung in den Bürgerbeteiligungsveranstaltungen weniger angetroffen. Dass soziale Passivität häufig mit politischer Passivität einherkommt deckt sich mit einschlägigen Forschungsergebnissen im Bereich der politischen Partizipation (vgl. Perry & van Deth, 2015).

Die Ergebnisse zur Anzahl der Haushaltsmitglieder in Abbildung 6 zeigen, dass eine Mehrheit von 83 Prozent der befragten Teilnehmer*innen in einem Mehrfamilienhaushalt wohnt. Ein Zweipersonenhaushalt ohne Kinder kommt bei den Teilnehmer*innen der untersuchten Beteiligungsveranstaltungen am häufigsten vor. In der Darmstädter Gesamtbevölkerung ist der Haushalt, der sich aus einem Paar ohne Kinder zusammensetzt, mit einem Anteil von ca. 37 Prozent ebenfalls der häufigste. Obwohl sich die Ergebnisse ähneln, kann bei den erreichten Bürger*innen nicht ausgeschlossen werden, dass sich unter den Zweipersonenhaushalte auch Lebensformen befinden, die nicht dem Zusammenleben als Paar entsprechen. Haushalte mit Kindern sind mit einem Anteil von ca. 20 Prozent vermeintlich etwas weniger vertreten¹⁹. Dabei werden insbesondere junge Familien mit Kindern sowohl von Verwaltung als auch Politik als in Bürgerbeteiligungsverfahren in Darmstadt als unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen identifiziert. Mit einem Anteil von 17 Prozent wohnen die wenigsten Befragten in einem Single-Haushalt. Allerdings entspricht ihr Anteil fast dem Anteil von Singlehaushalten von 19 Prozent in der Gesamtbevölkerung Darmstadts²⁰.

¹⁹ Der Anteil von Haushalten mit Kindern in Darmstadt liegt vermutlich bei mindestens 29 Prozent (vgl. https://www.darmstadt.de/fileadmin/Bilder-Rubriken/Standort/Statistik_und_Stadtforschung/pdf/statmitteilungen/SM_BU2015_Internet.pdf; Zugriff am 24. November 2016).

²⁰ https://www.darmstadt.de/fileadmin/Bilder-Rubriken/Standort/Statistik_und_Stadtforschung/pdf/statmitteilungen/SM_BU2015_Internet.pdf, S. 52; Zugriff am 18. November 2016.

Abbildung 6: Anzahl der Personen im Haushalt der befragten Teilnehmer*innen der untersuchten Bürgerbeteiligungsveranstaltungen nach Haushalten mit und ohne Kinder jünger als 15 Jahre (in Prozent)



N = 111

Mit Hinblick auf die soziale Integration der befragten Teilnehmer*innen der untersuchten Bürgerbeteiligungsveranstaltungen lässt sich zusammenfassen, dass die erreichten Bürger*innen gut sozial eingebunden zu sein scheinen. Dabei sind wohl insbesondere die Wohndauer, Berufstätigkeit sowie Vereins- und Organisationsaktivitäten mobilisierende Faktoren. Die erreichten Teilnehmer*innen der untersuchten Bürgerbeteiligungsveranstaltungen sind zumeist bereits länger in Darmstadt wohnhaft, nicht arbeitslos und wohl in Vereinen und Verbänden oder anderen Organisationen aktiv. Insbesondere in der Stadt, am Arbeitsplatz oder im Verein sind die meisten befragten Teilnehmer*innen der untersuchten Beteiligungsveranstaltungen folglich mit Möglichkeiten konfrontiert, für eine Beteiligung als Bürger*in in Darmstadt mobilisiert zu werden.

3.4. Fazit und erste Verbesserungsvorschläge

Die Ergebnisse zur Untersuchung der Repräsentativität von Bürgerbeteiligung zeigen, dass Frauen und Männer in Darmstadt gleichermaßen erreicht werden können. Allerdings gehören zu den Teilnehmer*innen vornehmlich höher gebildete Bürger*innen mit anspruchsvollen Berufen, die älter als 45 Jahre alt sind. Im Gegenzug konnten niedrig gebildete Bürger*innen mit Migrationshintergrund, die einem Beruf mit niedrigem Anforderungsniveau nachgehen und jünger als 45 Jahre alt bisher weniger erreicht werden. Auch Personen, die nicht in Vereinen und Organisationen sind sowie Menschen mit Behinderung sind in den untersuchten Veranstaltungen eher unterrepräsentiert.

Die Kommentare und Anmerkungen der befragten Teilnehmer*innen der untersuchten Beteiligungsveranstaltungen im offenen Teil des Fragebogens weisen dabei darauf hin, dass die Ergebnisse aus den untersuchten Beteiligungsveranstaltungen auch darüber hinaus für die Beteiligungsveranstaltungen in Darmstadt insgesamt zutreffend sind. So heißt es aus der Bürgerschaft von mehreren Seiten, dass bei den untersuchten Beteiligungsveranstaltungen

„[...] wie meistens, die ‚Aktivbürger‘“ vertreten sind“,

„[...] die ‚üblichen Verdächtigen‘ und ein paar mehr“,

und Bürgerbeteiligung in Darmstadt mit ihren Projekten daher sehr speziell sei, wenig Bandbreite hätte und damit

„[...] nicht repräsentativ für [die] Da[rmstädter] Bevölkerung“.

Aus der Perspektive von Verwaltung und Politik ist eine umfassende Einbindung der Bürger*innen eher gegeben, wenn eine konkrete Betroffenheit durch den Beteiligungsgegenstand gegeben ist. So äußert sich ein*e Verwaltungsmitarbeiter*in dahingehend:

„Je konkreter ein Thema, desto eher hole ich die Leute ab“.

Deshalb sollte Beteiligung in den Stadtteilen stattfinden, wie ein*e Vertreterin der Verwaltung darstellt:

„Lieber in Stadtteilen und lieber konkret.“

Darüber hinaus sei die Beteiligung der Bürger*innen bei Formaten, die speziell an die spezifischen Zielgruppen angepasst sind, und bei frühzeitiger Einbindung stärker. Entsprechend lautet ein Zitat aus der Politik:

„Bürgerbeteiligung heißt für mich, den Bürger möglichst im Urstadium mitzunehmen. Alle Karten auf den Tisch; was man plant und jeden Bürger miteinbezieht.“

Obwohl eine Verbesserung der Repräsentativität der Bürger*innen in Verwaltung und Politik als eine der wichtigsten Herausforderungen angesehen wird, betonen beide Akteursgruppen, dass die Frage nach einer umfassenden Bürgerbeteiligung nichts an der Wertschätzung der engagierten Bürger*innen ändern dürfe. So heißt es von den befragten Verwaltungsmitarbeiter*innen beispielsweise:

„Dass Menschen sich beteiligen und es häufig tun und bei praktisch jeder Veranstaltung kommen, das muss man auch wertschätzen, dass diese Profi-Beteiligerguppe ihren umfassenden Erfahrungsschatz einbringt.“

Das nachfolgende Zitat von einem* einer Stadtverordneten liest sich sehr ähnlich:

„Es ist gut, dass es Leute gibt, die sich engagieren. Man sollte das auch honorieren, dass es Menschen gibt, die sich häufig einbringen wollen.“

4. Informationen zu Bürgerbeteiligung in Darmstadt

Die Beteiligung der Bürger*innen kann nur bedeutungsvoll sein, wenn sie über das politische Geschehen ausreichend informiert sind (Schmitt-Beck, 2014, S. 51). Deshalb nimmt die Informierung der Bürger*innen, das Informationsverhalten der Bürger*innen sowie ihr Kenntnisstand eine wichtige Rolle ein, wenn es um ihre Beteiligung an der Politik geht. Darüber hinaus können Erkenntnisse darüber, wie die befragten Teilnehmer*innen der untersuchten Bürgerbeteiligungsveranstaltungen angesprochen werden konnten, Hinweise darüber liefern, wie die zuvor identifizierten nicht erreichten Bevölkerungsgruppen potentiell besser erreicht werden könnten.

4.1. Informierung über Bürgerbeteiligung

Um die Bürger*innen in Darmstadt mit übergreifenden Informationen zu Bürgerbeteiligung im Allgemeinen und spezifischen Informationen zu den verschiedenen Bürgerbeteiligungsvorhaben im Konkreten zu versorgen, werden von der Verwaltung viele unterschiedliche Maßnahmen unternommen. Die Wirksamkeit der breiten Informierung wird dabei sowohl von Verwaltung als auch Politik kritisch beurteilt.

Die Verwaltungsmitarbeiter*innen nutzen viele verschiedene Möglichkeiten, um die Bevölkerung über Bürgerbeteiligung in Darmstadt zu informieren. Zu den wichtigsten Informationswegen gehört der Weg über Verbände, Vereine, Institutionen und Initiativen. Verschiedene Organisationen werden vorwiegend als Multiplikatoren genutzt, um über sie die Mitglieder zu erreichen. Aber auch das traditionelle Plakat wird häufig eingesetzt. Die Pressearbeit, Bekanntmachungen auf der städtischen Homepage sowie die Auslage von Broschüren und Flyern gehören ebenfalls zu den häufig genutzten Wegen der Bekanntmachung von Bürgerbeteiligung in Darmstadt.

Nach Einschätzung der befragten Verwaltungsmitarbeiter*innen wird insgesamt ein hoher Aufwand betrieben, um die verschiedenen Veranstaltungen zu bewerben. Trotzdem wird nach Einschätzung der Verwaltungsmitarbeiter*innen

„[...] nicht die Breite der Bevölkerung erreicht“.

Diese Sichtweise wird von den befragten Stadtverordneten im Großen und Ganzen geteilt. Sie sind der Ansicht,

„[m]an könnte mehr in die Werbung stecken“.

Gerade in der Anfangsphase wird bei langfristig angesetzten Beteiligungsverfahren, wie etwa den Stadtteilforen, die Informierung der Bevölkerung als noch nicht ausreichend empfunden. Mit der Zeit verbessere sich die Informierung der Bevölkerung jedoch. So heißt es von Seiten der Politik:

„Die Ankündigungen der ersten Stadtteilforen hat kein Mensch gewusst. Aber jetzt läuft es besser“.

Im Gegensatz zur eher dauerhaften Beteiligung in Form von Mitgestalten sind die zeitlichen Möglichkeiten für eine Verbesserung der Bekanntmachung bei punktueller Bürgerbeteiligung in Form von Anhören allerdings nicht immer gegeben.

Über die Quantität von Informationen hinaus werden von den befragten Verwaltungsmitarbeiter*innen und Stadtverordneten auch inhaltliche Lücken in der Informierung der Bevölkerung benannt. So sei es aus der Perspektive der Verwaltungsmitarbeiter*innen besonders wichtig, etwas transparent darzustellen und zu erklären, wenn es mal nicht optimal läuft, z. B. wenn Terminierungen verrutschen oder bestimmte Informationen nicht erfolgen können. Denn:

„Transparenz schafft Akzeptanz“.

Von den Stadtverordneten wird hingegen vereinzelt das Verbesserungspotential in Sachen Übersichtlichkeit und Einheitlichkeit von Informationen betont. So sollten beispielsweise die Potentiale, die sich aus der Verwendung von klarer und informativer Sprache ergeben, besser genutzt werden.

Mit Hinblick auf die Übersichtlichkeit und Einheitlichkeit von Informationen zur Bürgerbeteiligung in Darmstadt nimmt die Vorhabenliste eine zentrale Position ein. Auf der Vorhabenliste sollen alle Planungen und Projekte gebündelt aufgelistet und mit Informationen angereichert werden, z. B. worum es in den

Veranstaltungen geht und welche Form der Beteiligung vorgesehen ist²¹. Die Vorhabenliste ist auf der städtischen Seite online gestellt²². Ziel ist es, über die Vorhabenliste sowohl intern der Verwaltung als auch extern den Akteuren der Bürgerschaft systematische Informationen zur Verfügung zu stellen. Von den Verwaltungsmitarbeiter*innen wird die Vorhabenliste prinzipiell positiv beurteilt. So heißt es etwa:

„Finde ich gut, wie das strukturiert ist, stadtteilbezogen, kurz und prägnant“.

Allerdings scheint der Umgang mit der Vorhabenliste innerhalb der Verwaltung noch ausbaufähig zu sein. Die befragten Verwaltungsmitarbeiter*innen äußern sich etwa dahingehend, dass die Vorhabenliste nicht ausreichend genutzt werde:

„Ich bin da noch nicht so tief drin... Ich glaube, da bin ich auch nicht der Einzige in der Verwaltung... Da ist noch viel Arbeit zu leisten und zu erinnern, das es das gibt und das damit zu arbeiten ist.“

Die Vorhabenliste ist noch recht neu. Schließlich wurde sie erst Ende 2015 eingeführt. Es ist folglich nicht verwunderlich, dass die Potentiale der Vorhabenliste noch nicht ganz ausgeschöpft sind. Eine verstärkte Nutzung, bessere Aufbereitung und stärkere Verbreitung der Vorhabenliste könnte zur besseren Informierung über Bürgerbeteiligung in Darmstadt beitragen.

Betrachtet man die Ergebnisse aus den Gesprächen, so lassen sich zwei zentrale Schlussfolgerungen formulieren: Es wird eine breite Bewerbung von Bürgerbeteiligung mit unterschiedlichsten Maßnahmen vorgenommen, die in den Augen von Politik und Verwaltung bisher trotzdem nicht die Breite der Bevölkerung erreichen konnte. Neben einer verstärkten Nutzung, besserer Aufbereitung und stärkerer Verbreitung der Vorhabenliste bietet sich statt einer breiten Informierung deshalb eine gezielte Ansprache spezifischer Bevölkerungsgruppen unter Beachtung des Beteiligungsformats und -themas an. Denn:

„Den Königsweg gibt es schlichtweg nicht.“ (Zitat aus der Verwaltung)

²¹ <https://da-bei.darmstadt.de/topic/vorhabenliste#pageid=&sort=created&thoughtid=&title=&attribute3=&attribute4=&status=show>; Zugriff am 22. November 2016.

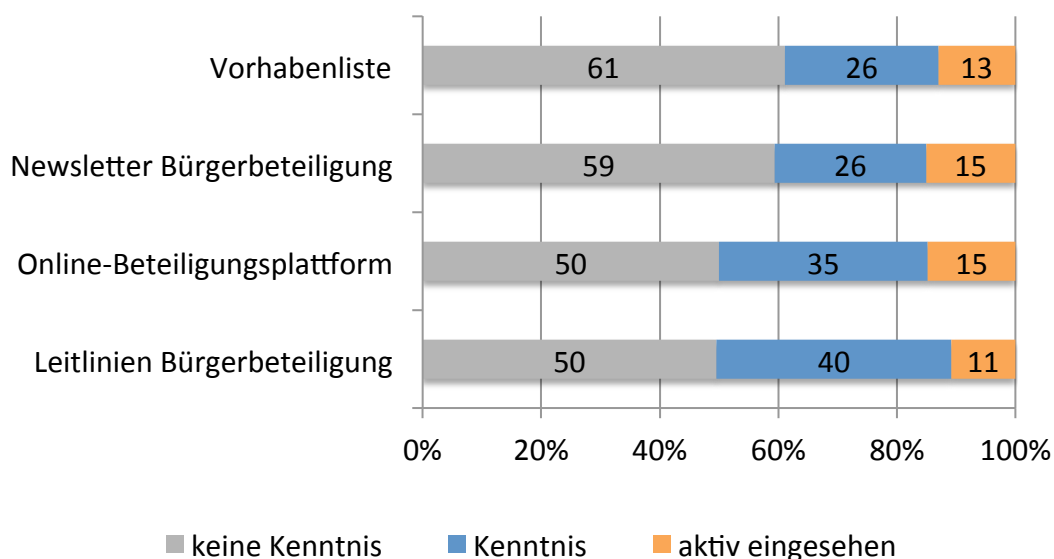
²² siehe <https://da-bei.darmstadt.de/topic/vorhabenliste>; Zugriff am 22. November 2016.

4.2. Informationsverhalten und Kenntnisstand zur Bürgerbeteiligung

Nachdem die Informierung über Bürgerbeteiligung durch die Verwaltung beschrieben wurde, soll nun betrachtet werden, wie gut welche Informationsmaßnahmen bei den Bürger*innen wirken und inwiefern die Einschätzungen zur Wirksamkeit aus Politik und Verwaltung zutreffen. In diesem Zusammenhang geht es darum, wie umfangreich die befragten Teilnehmer*innen der untersuchten Beteiligungsveranstaltungen über Bürgerbeteiligung in Darmstadt informiert sind und woher sie ihre Informationen zu den Beteiligungsverfahren in Darmstadt beziehen.

Abbildung 7 fasst zunächst den Kenntnisstand der befragten Bürger*innen zu übergreifenden Informationen zu Bürgerbeteiligung in Darmstadt zusammen. Insgesamt bestätigt sich der kritische Eindruck von Verwaltung und Politik mit Hinblick auf die Wirksamkeit der Informierungsmaßnahmen. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die befragten Teilnehmer*innen der untersuchten Beteiligungsveranstaltungen vornehmlich politisch höchst interessierte und motivierte Menschen sind, ist der Kenntnisstand der befragten Bürger*innen gering. Mit etwa der Hälfte der Befragten kennen noch die meisten Personen die Leitlinien für Bürgerbeteiligung und die Online-Beteiligungsplattform. Weniger als die Hälfte der Befragten kennen den Newsletter für Bürgerbeteiligung. Die Vorhabenliste ist im Vergleich den wenigsten befragten Personen ein Begriff.

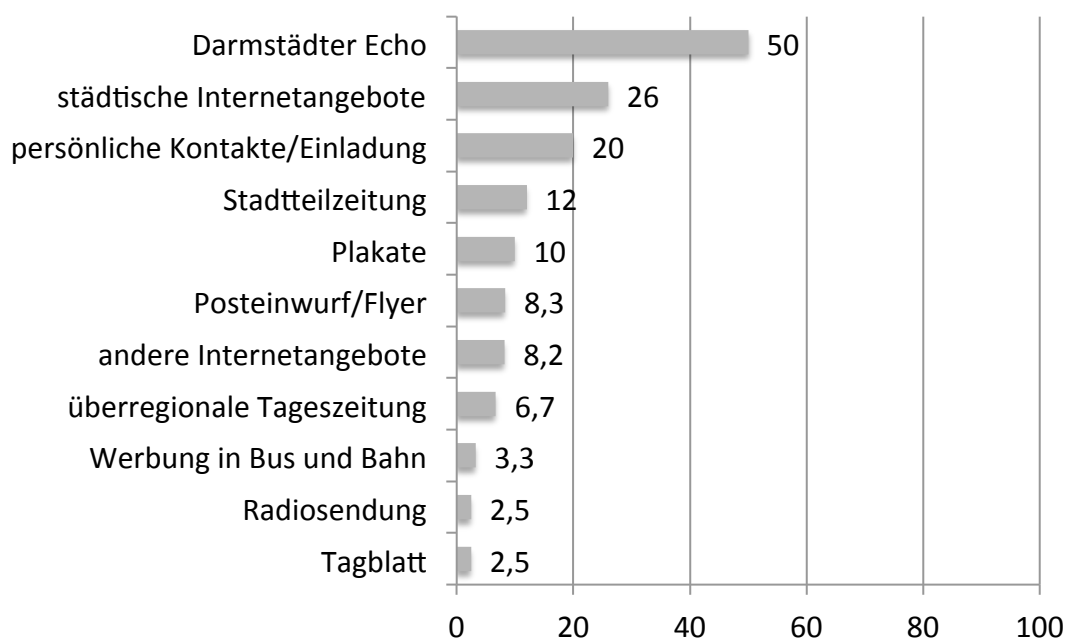
Abbildung 7: Kenntnis von Informationen zur Bürgerbeteiligung in Darmstadt (in Prozent)



N = mind. 106

Woher die befragten Bürger*innen in den untersuchten Bürgerbeteiligungsveranstaltungen ihre Informationen zu den Beteiligungsverfahren erhalten, kann Abbildung 8 entnommen werden. Zur Erfassung der Informationsquellen wurden die befragten Teilnehmer*innen der untersuchten Bürgerbeteiligungsveranstaltung mit einer Liste möglicher Medienangebote konfrontiert. Wenn Medienangebote zu den Quellen gehören, aus denen am meisten Informationen zum Beteiligungsprozess bezogen werden, waren die Befragten dazu angehalten, diese Medienangebote anzukreuzen. Mehrfachnennungen waren möglich. Die Ergebnisse zeigen, dass die befragten Veranstaltungsteilnehmer*innen ihre Informationen aus den verschiedensten Quellen beziehen. Die meisten Personen erhalten ihre Informationen aus dem Darmstädter Echo. Aber auch städtische Internetangebote werden häufig genutzt. Darüber hinaus gibt etwa jede fünfte Person an, die wichtigsten Informationen von persönlichen Kontakten bzw. Einladungen erhalten zu haben. Diese Antwortkategorie war im verwendeten Fragebogen nicht explizit vorgegeben, sondern resultierte aus der Möglichkeit sonstige Informationsquellen mit einer offenen Antwort hinzuzufügen. Dass so viele Befragte diese Möglichkeit zur Angabe der „sonstigen Informationsquelle“ persönliche Kontakte bzw. Einladungen nutzten, verdeutlicht die Wichtigkeit dieser Informationsquelle für Bürgerbeteiligung in der Wissenschaftsstadt Darmstadt.

Abbildung 8: wichtigste Informationsquellen zu spezifischen Beteiligungsprozessen (in Prozent)



N = 120

Insgesamt scheinen die Einschätzungen aus Verwaltung und Politik zur Informierung der Bürger*innen also weitgehend zuzutreffen. Die Breite der verwendeten Informationsquellen, die von den befragten Teilnehmer*innen der untersuchten Bürgerbeteiligungsveranstaltungen genannt werden, spiegelt die breite Informierung der Bürger*innen auf möglichst vielen unterschiedlichen Wegen wieder. Allerdings zeigt der allgemeine Kenntnisstand der befragten Bürger*innen zur Bürgerbeteiligung in Darmstadt, dass diese breiten Informierungsmaßnahmen bisher nicht die gewünschten Effekte erzielen können.

4.3. Fazit und erste Verbesserungsvorschläge

Zur Informierung der Darmstädter Bevölkerung verfolgt die Stadtverwaltung aktuell die Strategie möglichst viele verschiedene Informationswege zu nutzen. Dementsprechend erhalten die Bürger*innen ihre Informationen auch aus den unterschiedlichsten Quellen. Die wichtigsten Informationsquellen sind das Darmstädter Echo, städtische Internetangebote sowie persönliche Einladungen und Kontakte. Der Kenntnisstand der Teilnehmer*innen zur Bürgerbeteiligung in Darmstadt ist dabei ausbaufähig. Denn übergreifende Informationen zur Bürgerbeteiligung in Darmstadt, wie die Leitlinien für Bürgerbeteiligung, die Online-Beteiligungsplattform, der Newsletter für Bürgerbeteiligung sowie die Vorhabenliste, sind vielen Befragten nicht bekannt. Insbesondere im Internet besteht großes Potential, die Bürger*innen besser zu erreichen. Aber auch die persönliche Ansprache scheint in diesem Zusammenhang vielversprechend.

Dabei zeigen die Kommentare und Anmerkungen der befragten Bürger*innen im offenen Teil des Fragebogens, dass zur besseren Nutzung des Internets als Informationsmedium alle Informationen auf einer Seite gebündelt werden sollten. So heißt es beispielsweise konkret, es bedürfe eine

„bessere Website“

sowie

„[e]ine zentrale Stelle (Internetseite z. B.) wo alle Infos sind [...]“.

Mit Hinblick auf die zentrale Position der Vorhabenliste könnte die entsprechende Seite auf der Homepage der Stadt den Mittelpunkt einer solchen zentralen Seite zur Bürgerbeteiligung in Darmstadt darstellen. Darüber hinaus könnten verschiedene Online-Kanäle wirksam genutzt werden, wie z. B. Social Media. Mit diesen Strategien ließen sich insbesondere jüngere Personen besser erreichen, die bisher in den Bürgerbeteiligungsveranstaltungen eher unterrepräsentiert sind.

Um auch andere unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen, wie Personen mit einem niedrigen Bildungsstand und Personen mit Migrationshintergrund, besser zu erreichen, sollten darüber hinaus statt allgemeinen Informationsmaßnahmen eher gezielte Ansprachen von spezifischen Bevölkerungsgruppen auf persönlicher Ebene vorgenommen werden. In diesem Zusammenhang weisen die Ergebnisse der Gespräche mit den Verwaltungsmitarbeiter*innen darauf hin, dass Bürgerbeteiligung bei aufsuchender Beteiligung sowie dem bewussten Einsatz von einfacher und verständlicher Sprache in der Informierung repräsentativer ist.

5. Beurteilung von Bürgerbeteiligung in Darmstadt

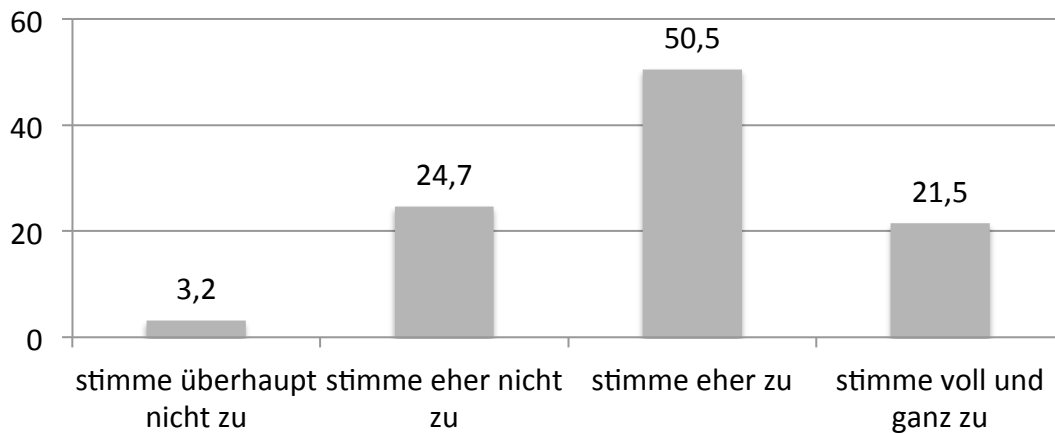
Die Beurteilungen von Bürgerbeteiligung durch die Bürgerschaft, Verwaltung und Politik bilden den Kern der Untersuchungen. Dabei soll es im Folgenden zunächst um die Beurteilung von Bürgerbeteiligung im Allgemeinen gehen. Danach geht es mit der Beurteilung von Bürgerbeteiligung im Konkreten zunächst um die Erfüllung der Erwartungen der Bürger*innen an ihre Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen. Außerdem werden mit den Beurteilungen von Planung, Organisation und Durchführung von Bürgerbeteiligungsveranstaltungen sowie den Beurteilungen der geplanten Maßnahmen die Zufriedenheit mit den Beteiligungsverfahren untersucht.

5.1. Bürgerbeteiligung im Allgemeinen

Bürgerbeteiligung in Darmstadt im Allgemeinen lässt sich sowohl vor dem Hintergrund seiner Quantität als auch Qualität beurteilen. Die Quantität von Bürgerbeteiligung bezieht sich dabei auf die Beteiligungsmöglichkeiten in ihrer Anzahl. Die Qualität von Bürgerbeteiligung bezieht sich hingegen eher auf die Art und Weise, wie Bürgerbeteiligung funktioniert. Die befragten Verwaltungsmitarbeiter*innen beurteilen beide Aspekte zwar ebenso weitgehend positiv wie die Stadtverordneten und Teilnehmer*innen der Bürgerbeteiligungsveranstaltungen. Mit Hinblick auf die Qualität von Bürgerbeteiligung zeichnet sich jedoch potentieller Verbesserungsbedarf ab.

Zur Einschätzung der Quantität von Bürgerbeteiligung in Darmstadt durch die Bürger*innen wurden die befragten Teilnehmer*innen der untersuchten Bürgerbeteiligungsveranstaltungen gebeten anzugeben, inwiefern sie der Aussage zustimmen, dass es genügend Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten in Darmstadt gäbe. Die Ergebnisse in Abbildung 9 zeigen, dass mehr als 70 Prozent der Befragten die Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten in Darmstadt als ausreichend erachten. Bürgerbeteiligung wird folglich von den befragten Teilnehmer*innen der untersuchten Bürgerbeteiligungsveranstaltungen hinsichtlich seiner Quantität recht positiv beurteilt.

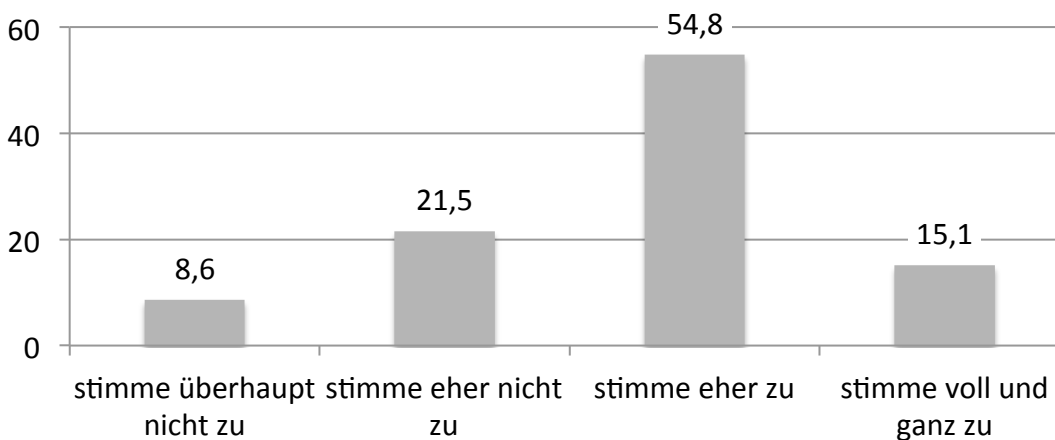
Abbildung 9: Beurteilung der Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten in Darmstadt – Zustimmung zur Aussage „Es gibt in Darmstadt genügend Möglichkeiten sich als Bürger oder Bürgerin einzubringen“ (in Prozent)



N = 120

Zur Erfassung der Qualität von Bürgerbeteiligung aus der Perspektive der Bürger*innen wurden die befragten Teilnehmer*innen der untersuchten Bürgerbeteiligungsveranstaltungen gebeten ihre Zustimmung zur Aussage „Ich bin im Großen und Ganzen sehr zufrieden, wie Bürgerbeteiligung in Darmstadt funktioniert“ zum Ausdruck zu bringen. Die Ergebnisse in Abbildung 10 zeigen, dass die befragten Bürger*innen mit der Qualität von Bürgerbeteiligung in Darmstadt ebenso zufrieden sind wie mit der Quantität von Bürgerbeteiligung in Darmstadt. Der Anteil derjenigen Personen, die der Aussage eher oder voll und ganz zustimmen, bewegt sich mit um die 70 Prozent auf einem ähnlichen Niveau.

Abbildung 10: Zufriedenheit mit der Funktionsweise von Bürgerbeteiligung in Darmstadt – Zustimmung zur Aussage „Ich bin zufrieden mit der Art und Weise wie Bürgerbeteiligung im Allgemeinen in Darmstadt funktioniert“ (in Prozent)



N = 120

Blickt man auf die Beurteilung der Bürgerbeteiligung durch die befragten Verwaltungsmitarbeiter*innen und Stadtverordneten, ergibt sich grundsätzlich eine hohe Zufriedenheit mit Bürgerbeteiligung in Darmstadt. Mit der Breite der durchgeführten Maßnahmen zur Beteiligung der Bürger*innen erhält die Quantität von Bürgerbeteiligung Lob. So äußerte sich z. B. ein Stadtverordneter wie folgt:

„Die Initiative der Stadt Darmstadt zur Bürgerbeteiligung ist gut. Es ist ein Schritt in eine positive Richtung und er hat auch viele Leute aktiviert.“

Aber auch qualitativ ist Bürgerbeteiligung aus Sicht der Befragten aus Verwaltung und Politik sehr gut aufgestellt. Die positive Beurteilung der Qualität von Bürgerbeteiligung spiegelt sich im folgenden Zitat eines*einer befragten Mitarbeiter*innen aus der Verwaltung wieder:

„Wir sind qualitativ aus meiner Sicht sehr gut aufgestellt“.

Jedoch gab es von Seiten der Stadtverordneten vereinzelt den Wunsch, Bürgerbeteiligungsmaßnahmen in Zukunft noch breiter aufzustellen und in einer frühen Phase beginnen zu lassen.

„Bürgerbeteiligung heißt für mich, den Bürger möglichst im Urstadium mitzunehmen. Bürgerbeteiligung ist für mich, wenn irgendwo was ansteht, alle Karten auf den Tisch, was man plant und jeden Bürger miteinbezieht. Und das geschieht zu wenig. Die [Anm.: Verantwortlichen in der Verwaltung] sollen die Leute mitnehmen [...]“.

Insgesamt scheint die Beteiligung der Bürger*innen bei den Stadtverordneten jedoch hoch akzeptiert. Einem Mitglied der Stadtverordnetenversammlung zufolge, würden sich die Stadtverordneten als Vertreter*innen der Bürger*innen und Bürgerbeteiligung als Äußerung des Bürgerwillens sehen:

„Akzeptanz bei den Stadtverordneten? Die Bürgerbeteiligung wird von den meisten Parteien akzeptiert, auch weil die meisten Stadtverordneten wählernah sind.“

Das Selbstverständnis der Politik deckt sich mit den Einschätzungen aus der Verwaltung. Ein*e Verwaltungsmitarbeiter*in meinte hierzu:

„Die höchste Akzeptanz ist in der Politik.“

In der Verwaltung ist eine grundlegende Akzeptanz für die Beteiligung der Bürger*innen zwar auch vorhanden. Akzeptanz sei laut eine*r Verwaltungsmitarbeiter*in sicherlich aber auch ein längerfristiger Prozess:

„Auch das sehe ich als Prozess. Ich sehe die Akzeptanz wachsend. Es wäre unehrlich, wenn man damit nicht umgeht, dass es natürlich auch Frustrationserfahrungen gibt.“

In diesem Zusammenhang betonen die befragten Verwaltungsmitarbeiter*innen die hohen Anforderungen, mit denen sie bei der Bewältigung von Bürgerbeteiligungsaufgaben konfrontiert sind. Zum einen ist Bürgerbeteiligung mit hohen Anforderungen an die finanziellen und personellen Ressourcen verbunden. Die Durchführung von Bürgerbeteiligungsprojekten wird als sehr zeit- und kostenintensiv angesehen. Gerade von Seiten der Verwaltung kommt daher der Hinweis, dass Bürgerbeteiligung nicht einfach „on top“ zur bestehenden alltäglichen Arbeit geleistet werden kann. So heißt es in drei Zitaten aus der Verwaltung:

„Es braucht halt wahnsinnig viel Zeit und Politik sagt es so einfach, wir machen jetzt Bürgerbeteiligung.“

„Bürgerbeteiligung ist immer ein on top-Thema zur alltäglichen Arbeit.“

„Es ist sicherlich so, dass wir das Thema auch personell noch unterfüttern müssen. Es ist sehr aufwendig: Organisation, fachliche Beratung usw.“

Die befragten Stadtverordneten schätzen die Ressourcenausstattung der Verwaltung hingegen etwas unkritischer als „akzeptabel“ bis „angespannt“ ein.

Jenseits des unmittelbaren finanziellen und personellen Ressourcenbedarfs stellt Bürgerbeteiligung ebenfalls hohe Anforderungen an die Kompetenzen der Verwaltungsmitarbeiter*innen, die mit Bürgerbeteiligung betraut sind. In diesem Zusammenhang heißt es von Seiten der Verwaltung dann auch:

„Schulungen halte ich für sehr wichtig, fortzubilden im Bereich Aufbau, effiziente Strukturierung von Veranstaltungen, lernen aus Erfahrung, Best-Practice Beispiele, Schulung in der Moderation.“

Neben Schulungsangeboten zur praktischen Umsetzung von Bürgerbeteiligung wären für die Verwaltungsmitarbeiter*innen generell konkrete Hilfsmittel hilfreich, anhand dessen sie die Organisation von Bürgerbeteiligung kompetent vornehmen können. So dienen etwa die Leitlinien für Bürgerbeteiligung weiterhin als eine wichtige Orientierungsgröße, kämen jedoch auf Grund mangelnder Praxisorientierung operativ nicht zum Einsatz. Den Leitlinien fehlt aus Verwaltungssicht eine konkrete Ausarbeitung von Strategien zur Zielgruppenerreichbarkeit sowie der Klärung der veränderten Rolle von politischen Akteuren in Bürgerbeteiligungsprozessen. Zusätzlich zu den relativ abstrakten Leitlinien für Bürgerbeteiligung haben die

Verwaltungsmitarbeiter*innen einen Bedarf an praxisorientierten Hilfsmitteln, wie z. B. einem Handbuch oder einen Leitfaden. So äußerte sich ein*e Verwaltungsmitarbeiter*in wie folgt:

„Praxisbeispiele wären gut oder ein exemplarischer Ablauf, wie komme ich von der Idee zu meiner Veranstaltung.“

Als eine entscheidende Schnittstelle wird in diesem Zusammenhang die Position der Stabsstelle der Bürgerbeauftragten benannt. Ihre koordinierende, Bürgerbeteiligung systematisierende und in die Bürgerschaft vermittelnde Funktion wird als außerordentlich wichtig von den befragten Verwaltungsmitarbeiter*innen und Stadtverordneten angesehen. Qua ihrer Kompetenz und Schnittstellenfunktion sollte ihr Bereich so aufgestellt sein, dass auch eine operative Betreuung inklusive Schulungsmaßnahmen in ausreichendem Maße möglich ist.

Im Allgemeinen zeigen sich also sowohl die befragten Verwaltungsmitarbeiter*innen als auch die befragten Stadtverordneten und Bürger*innen im Allgemeinen mit der Quantität und Qualität von Bürgerbeteiligung weitgehend zufrieden. Aus Sicht der Verwaltung gibt es jedoch einiges zu tun, um sie bei der Durchführung von Bürgerbeteiligungsveranstaltung zu unterstützen. In einem nächsten Schritt sollen die Beurteilungen von Bürgerbeteiligungsveranstaltungen weitergehenden Aufschluss über die Qualität von Bürgerbeteiligung in Darmstadt geben.

5.2. Spezifische Bürgerbeteiligungsveranstaltungen

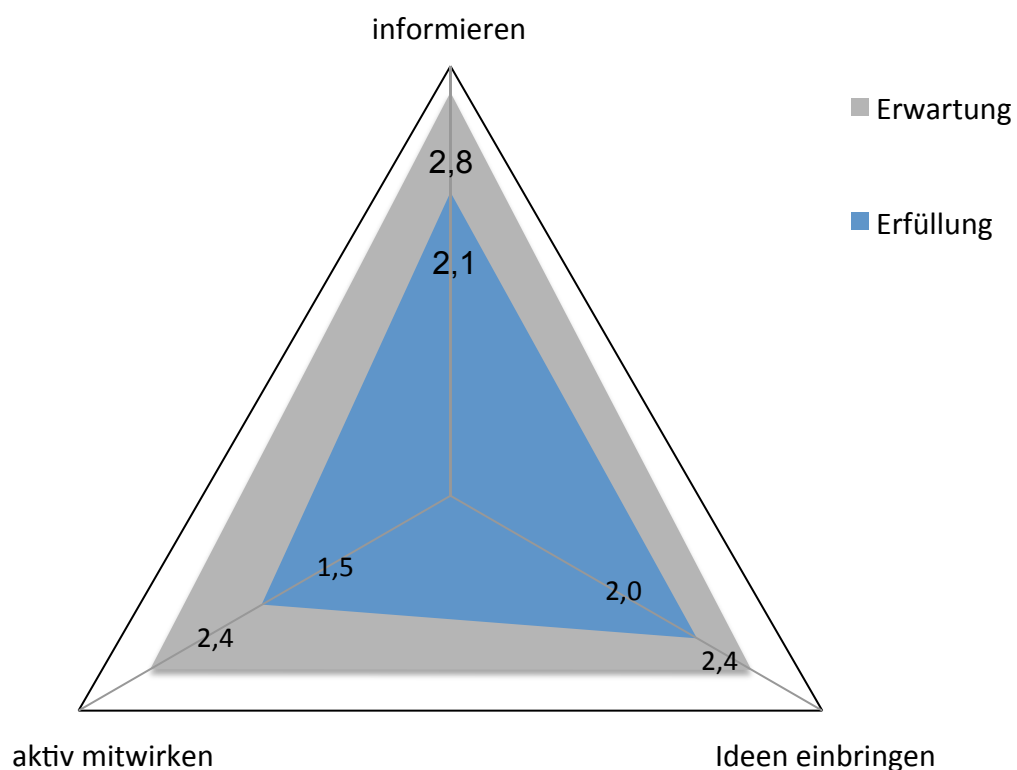
Die Bestimmung der Qualität von Bürgerbeteiligungsveranstaltungen im Konkreten lässt sich vor dem Hintergrund des Erwartungsmanagements vornehmen, betrifft aber auch die Zufriedenheit der verschiedenen Akteure mit der Planung, Organisation und Durchführung von Bürgerbeteiligung. Mit Hinblick auf das Erwartungsmanagement ist wichtig, mit welchen Erwartungen die Bürger*innen in die Bürgerbeteiligungsveranstaltungen kommen und inwiefern ihre Erwartungen erfüllt werden können. Es zeichnet sich insbesondere Verbesserungsbedarf bei Beteiligungsverfahren auf der Stufe „Mitgestalten“ ab. Davon abgesehen zeigen sich die Bürger*innen mit der Durchführung von Bürgerbeteiligungsveranstaltungen weitgehend zufrieden. Über die bloße Erfüllung der Erwartungen der Bürger*innen hinaus bedarf lediglich das Erwartungsmanagement größere Aufmerksamkeit.

Um die Zufriedenheit der Teilnehmer*innen mit den untersuchten Beteiligungsveranstaltungen zu erfassen wurden die Befragten nach ihrer

Erwartungshaltung gefragt, mit der sie in die Veranstaltungen gekommen sind, und inwiefern ihre Erwartungen erfüllt wurden. Dabei wurden die drei Aspekte informieren, Ideen einbringen und aktiv mitwirken berücksichtigt, weil sie mit den Zielen der drei Beteiligungsstufen korrespondieren. Es ist offensichtlich das Ziel von Informationsveranstaltungen, zu informieren. Das Einbringen von Ideen ist der vorrangige Zweck von Veranstaltungen auf der Beteiligungsstufe „Anhören“. Die aktive Mitwirkung wird in Beteiligungsveranstaltungen auf der Stufe „Mitwirken“ verfolgt.

In Abbildung 11 sind die Erwartungen der Bürger*innen in grau abgetragen, die Erwartungserfüllung in blau. Zunächst ist gut erkennbar, dass die befragten Bürger*innen mit einer sehr hohen Erwartungshaltung in die Beteiligungsveranstaltung kommen. Es ist auch unverkennbar, dass die Veranstaltungen den Erwartungen nicht vollständig gerecht werden können. Dabei bestehen aus der Perspektive der befragten Bürger*innen die größten Unterschiede mit Hinblick auf die aktive Mitwirkung. Am besten kann der Erwartungshaltung der Bürger*innen mit Hinblick auf das Einbringen von Ideen gerecht werden.

Abbildung 11: Erwartungsmanagement (Mittelwerte)

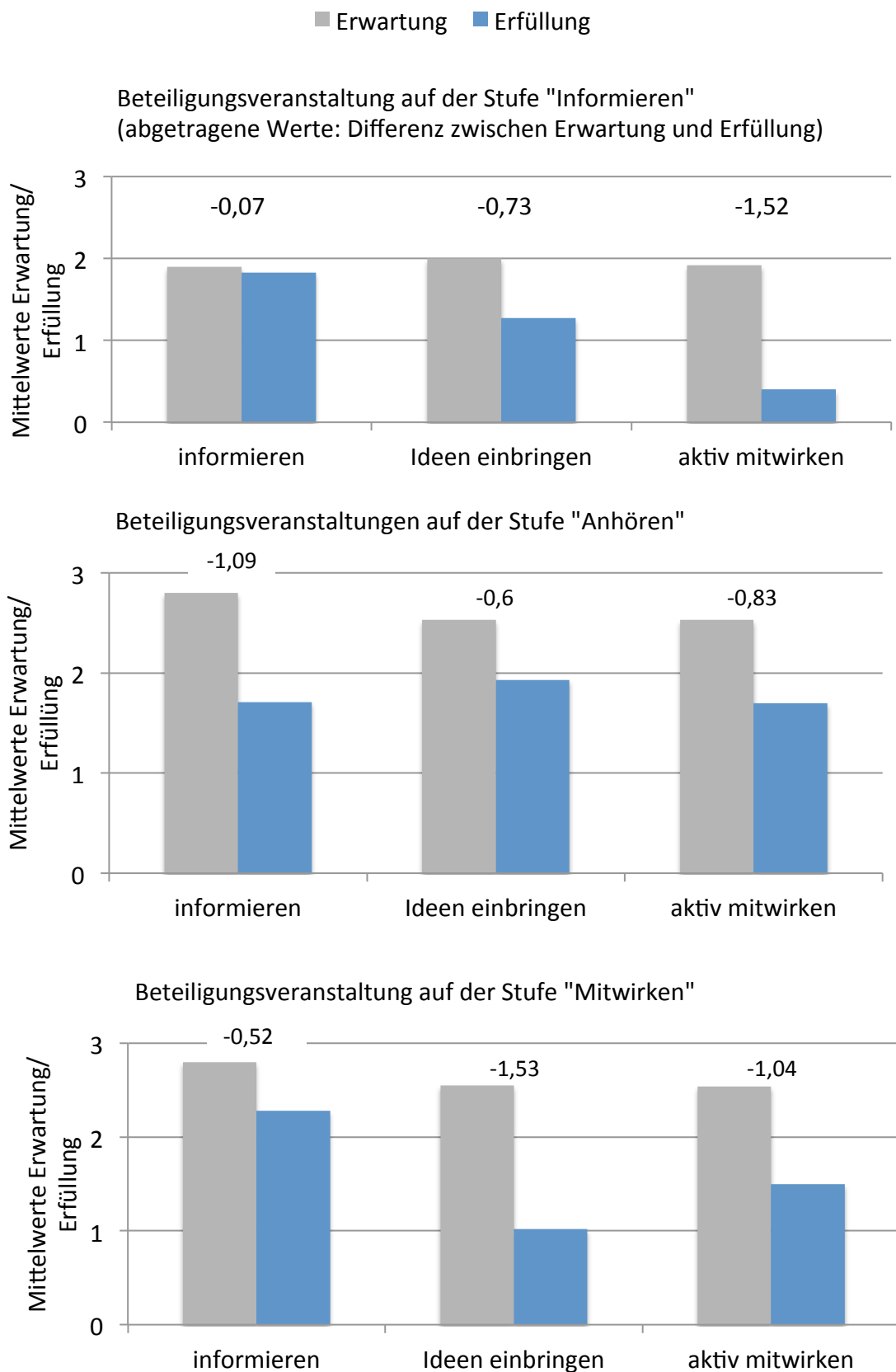


N = mind. 82

Für ein erfolgreiches Erwartungsmanagement sollte die Erwartungserfüllung allerdings dem konkreten Ziel der einzelnen Veranstaltung entsprechen – also der Beteiligungsstufe der einzelnen Veranstaltung. Deshalb geht es nun in einem nächsten Schritt um die Erwartungshaltung und Erwartungserfüllung je nach Beteiligungsstufe. Die Ergebnisse sind in Abbildung 12 zu sehen. Die Höhe der grauen Balken bei den einzelnen Beteiligungsstufen deutet darauf hin, dass mit der Beteiligungsstufe nicht nur die Anforderungen sondern auch die Erwartungen der Bürger*innen steigen. Denn je höher die Beteiligungsstufe, desto mehr muss die Beteiligungsveranstaltung leisten. Während bei Informationsveranstaltung eigentlich lediglich informiert werden muss, bedarf eine Veranstaltung auf der Beteiligungsstufe „Anhören“ neben ausreichenden Möglichkeiten für die Bürger*innen zum Einbringen ihrer Ideen auch einer umfassenden Informierung der Bürger*innen. Bei Veranstaltungen auf der Stufe „Mitgestalten“ muss prinzipiell sowohl informiert, konsultiert und kooperiert werden. Vor diesem Hintergrund soll auch das Erwartungsmanagement in Abbildung 12 beurteilt werden.

Die Ergebnisse zeigen, dass Informationsveranstaltungen ziemlich gut funktionieren. Wie die oberhalb der Balken angegebene Differenz zwischen Erwartung und Erfüllung zeigt, können die Erwartungen an die Informierung am besten erfüllt werden. Dies ist ein positives Ergebnis für das Erwartungsmanagement, da das Informieren prinzipiell das alleinige Ziel einer Informationsveranstaltung darstellt. Dass mit die größte Differenz bei der Informationsveranstaltung zwischen Erwartung und Erfüllung in der aktiven Mitwirkung besteht, ist hingegen nicht kritisch zu bewerten, sondern eher ein gutes Zeichen. Denn die aktive Mitwirkung gehört nicht zu den Zielen einer Informationsveranstaltung. Bei den untersuchten Veranstaltungen auf der Stufe „Anhören“ ist die Differenz mit Hinblick auf das Einbringen von Ideen am geringsten. Da das Einbringen von Ideen dem Ziel einer Beteiligungsveranstaltung auf der Stufe „Anhören“ entspricht, ist das ein gutes Ergebnis für das Erwartungsmanagement. Allerdings sollte bei Veranstaltungen auf der Stufe „Anhören“ im Optimalfall die Differenz zwischen den Erwartungen der Bürger*innen und der Erfüllung ihrer Erwartungen mit Hinblick auf das Informieren geringer sein als hinsichtlich der aktiven Mitwirkung. Da die aktive Mitwirkung nicht das Ziel einer Veranstaltung auf der Stufe „Anhören“ darstellt, kann eine gute Erfüllung der Erwartungen an die aktive Mitwirkung zu einer Erhöhung der Erwartungshaltung führen. Insgesamt ergibt sich ein gemischtes Bild mit Hinblick auf das Erwartungsmanagement bei Veranstaltungen auf der Stufe „Anhören“. Die untersuchte Veranstaltung auf der Stufe „Mitgestalten“ schneidet im Vergleich am schlechtesten ab. Die Differenzen sind hier insgesamt am größten. Das ist insbesondere mit Hinblick auf die aktive Mitwirkung der Bürger*innen kritisch. Denn die aktive Mitwirkung der Bürger*innen entspricht dem vorrangigen Ziel einer Veranstaltung auf der Stufe „Mitgestalten“.

Abbildung 12: Erwartungsmanagement nach Beteiligungsstufen (Mittelwerte und Differenzen)



Mit der Planung, Organisation und Durchführung von Bürgerbeteiligungsveranstaltungen gibt es neben dem Erwartungsmanagement noch eine Reihe von weiteren Faktoren, welche die Zufriedenheit der Bürger*innen mit den Beteiligungsveranstaltungen bestimmen. Einige davon sind in Abbildung 13 zusammengefasst. Die Bürger*innen beurteilen die Erreichbarkeit der Veranstaltungsorte ebenso wie die Moderation vorwiegend positiv. Ihre Zufriedenheit mit dem Veranstaltungsort und der Moderation brachten die befragten Teilnehmer*innen auch in den offenen Antworten zum Ausdruck. So hieß es etwa:

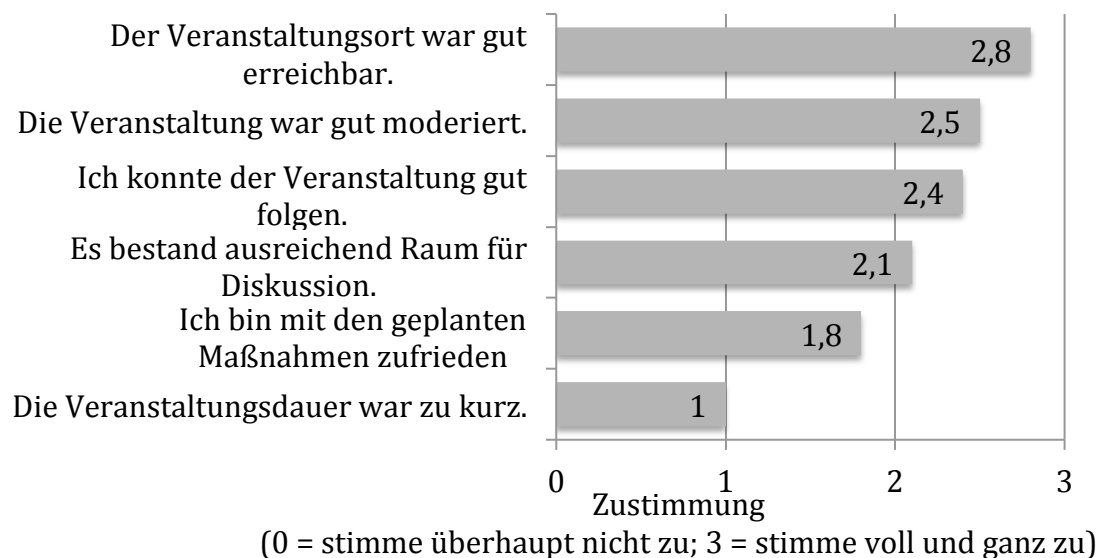
„Angenehmer Veranstaltungsort, engagierte TeilnehmerInnen, gut strukturiert“.

Die Ergebnisse in Abbildung 13 zeigen außerdem, dass die befragten Bürger*innen den Veranstaltungen gut folgen können und es ausreichend Diskussionsraum gibt. Lediglich die Veranstaltungsdauer erhält vergleichsweise schlechte Bewertungen. Es scheint, als wären die untersuchten Beteiligungsveranstaltungen etwas zu lang angesetzt. In diesem Zusammenhang äußerte sich ein*e Bürger*in im offenen Teil des Fragebogens beispielsweise wie folgt:

„[...] Das Gesamtprogramm war etwas (ein wenig) überladen“

Die Dauer der untersuchten Beteiligungsveranstaltungen liegt zwischen drei und vier Stunden. Künftige Veranstaltungen sollten ggf. etwas kürzer angesetzt werden.

Abbildung 13: Beurteilung der Organisation und Durchführung von Bürgerbeteiligungsveranstaltungen (Mittelwerte)



N = mind. 89

5.3. Fazit und erste Verbesserungsvorschläge

Mit Hinblick auf die Beurteilung von Bürgerbeteiligung in Darmstadt lässt sich zunächst zusammenfassen, dass insbesondere die Quantität von Bürgerbeteiligung sowohl von den befragten Bürger*innen als auch Verwaltungsmitarbeiter*innen und Stadtverordneten sehr gut bewertet wird. Die Qualität von Bürgerbeteiligung in Darmstadt wird ebenfalls von einer Mehrheit der befragten Bürgerbeteiligungsakteure durchaus positiv beurteilt. Allerdings besteht beim Erwartungsmanagement, der Einschränkung der Dauer von Bürgerbeteiligungsveranstaltungen sowie mit einer Erhöhung der Ressourcenausstattung und Bereitstellung praxisorientierter Hilfsmittel für die Verwaltung durchaus Potential, die Qualität von Bürgerbeteiligungsveranstaltungen und damit von Bürgerbeteiligung im Allgemeinen in Darmstadt zu verbessern.

Das Fazit der Bürger*innen bei der Beurteilungen spezifischer Bürgerbeteiligungsveranstaltungen lautete häufig: „Weiter so!“ Denn ihre Erwartungen an die Bürgerbeteiligungsveranstaltungen wurden weitgehend erfüllt. Allerdings bedarf das Erwartungsmanagement im Zweifelsfall stärkerer Beachtung. So sollte bei Informationsveranstaltungen der Raum für das Einbringen von Ideen und aktive Mitwirkung eher beschränkt werden. Bei Veranstaltungen auf der Stufe „Anhören“ sollte im Optimalfall die Informierung besser geschehen als die Bereitstellung von Möglichkeiten für eine aktive Mitwirkung der Bürger*innen. Bei Veranstaltungen auf der Beteiligungsstufe „Mitgestalten“ bedarf es einer Beachtung der insgesamt hohen Anforderungen an das Informieren, das Einbringen von Ideen sowie der aktiven Mitwirkung. Darüber hinaus wird die Dauer der Bürgerbeteiligungsveranstaltungen von den Bürger*innen tendenziell als zu lang erachtet. Damit eine Verkürzung der Veranstaltungsdauer nicht auf Kosten des Raums für Dialog und Diskussionen geschieht, bedarf es einer stärkeren Fokussierung innerhalb von Bürgerbeteiligungsveranstaltungen.

Dass die Bürger*innen ansonsten mit der Planung, Organisation und Durchführung von Bürgerbeteiligungsveranstaltung recht zufrieden sind, verdeutlicht, dass die Verwaltungsmitarbeiter*innen die hohen Anforderungen an Bürgerbeteiligung gut erfüllen können. Allerdings betonen die befragten Verwaltungsmitarbeiter*innen in diesem Zusammenhang die Knappheit an Ressourcen, um ihren Aufgaben in der Bürgerbeteiligung nachzukommen. Um den Prozess wachsender Akzeptanz von Bürgerbeteiligung in der Verwaltung zu beschleunigen, sollte eingehend geprüft werden, wo es zur Sicherung einer qualitativ gehaltvollen Bürgerbeteiligung in der Wissenschaftsstadt Darmstadt zusätzlicher materieller und personeller Ressourcen bedarf. Um die Ausbildung und Weiterentwicklung notwendiger Kompetenzen zur Durchführung von

Bürgerbeteiligungsmaßnahmen bei den beteiligten Verwaltungsmitarbeiter*innen zu unterstützen, bedarf es außerdem operative Schulungsmaßnahmen mit ausgeprägter Praxisorientierung. Darüber hinaus benötigen die Verwaltungsmitarbeiter*innen eine Standardisierung und Strukturierung von Prozessen, z. B. durch die Entwicklung einer Art Handbuch oder Leitfaden für exemplarische Formen von Bürgerbeteiligungsmaßnahmen.

6. Verwendung der Bürgerbeteiligungsergebnisse im politischen Prozess

Zwar heißt es in den Beurteilungen der einzelnen untersuchten Bürgerbeteiligungsverfahren seitens der teilnehmenden Bürger*innen oftmals:

„weiter so“.

Diese Aussage kommt aber auch mit dem Zusatz vor:

„[...] aber eben auch umsetzen!“

Weil nicht zuletzt der Umgang mit den Ergebnissen von Bürgerbeteiligung im politischen Prozess eine wichtige Rolle für die Zufriedenheit der Bürger*innen mit Bürgerbeteiligung spielt, soll es schließlich um die Responsivität von Politik gehen.

Auf die Frage der Responsivität von Politik mit Bezug auf die Beteiligung der Bürger*innen gibt es in den Gesprächen mit Stadtverordneten und Verwaltung eine zweigeteilte Sichtweise. Auf der einen Seite postuliert die Verwaltung aus ihrem internen Blickwinkel heraus,

„dass mit Bürgerwünschen sehr sorgsam umgegangen wird.“

Die in den Beteiligungsprozessen herausgearbeiteten Ansichten und Wünsche der Bürger*innen werden aus ihrer Perspektive sorgfältig und gut aufbereitet und dann im weiteren politischen Prozess aufgegriffen. Demgegenüber steht die Sichtweise der Stadtverordneten, für die der Vorgang des Aufgreifens und Umsetzens der Vorschläge oft wenig transparent und verbindlich ist, wie die folgenden beiden Zitate verdeutlichen:

„Das kann ich nicht beurteilen, ob die Umsetzung der Themen aus der Bürgerbeteiligung funktioniert, weil die Magistratsvorlagen macht der Magistrat...und was der Magistrat als Filter macht das weiß ich nicht.“

„Das letzte Wort bleibt immer beim Magistrat, das ist keine Verbindlichkeit drin.“

Die Ergebnisse lassen schließen, dass für Akteure außerhalb der Verwaltung viel besser vermittelt werden muss, auf welchen Wegen und in welchem Umfang die Umsetzung der Ergebnisse von Bürgerbeteiligung in politische Entscheidungen erfolgt. Denn der aus Sichtweise der Verwaltung transparente Vorgang wirkt aus einer äußeren Perspektive wenig transparent und verbindlich.

In die gleiche Richtung zielen die Aussagen verschiedener befragter Bürger*innen. Bei den Bürger*innen lässt sich zusätzlich noch die Sorge heraushören, dass überhaupt etwas mit dem erarbeiteten Input aus der Bevölkerung geschieht, wie die zwei folgenden Zitate exemplarisch darstellen:

„Es fehlt die Aussage der Stadt, was [...] umgesetzt werden soll. Wie geht die Stadt mit dem Ergebnis um.“

„Alle B[ürgerbeteiligungs]-Pläne zukunftsfähig machen! Nicht so viel reden, sondern Pläne umsetzen.“

Die kritischen Haltungen von Politik und Bürgerschaft verdeutlichen die Dringlichkeit, Bürgerbeteiligungsergebnisse transparent aufzuarbeiten, über den verbindlichen Umgang mit den Ergebnissen zu informieren sowie die Beiträge der Bürger*innen zu den politischen Entscheidungen und Ergebnissen sichtbar zu machen und zu honorieren. Sonst kann es passieren, dass die Legitimität des gesamten politischen Entscheidungsprozesses unter Beteiligung der Bürger*innen in Frage gestellt wird und aus konsultativen und kooperativen Bürgerbeteiligungsprozessen nur noch der Imperativ bleibt: ‚Nicht reden, sondern handeln.‘

7. Potentiale für eine ‚bessere‘ Bürgerbeteiligung in Darmstadt

Die Ergebnisse der Untersuchung städtischer Bürgerbeteiligungsprozesse konnte zeigen, dass sich die Wissenschaftsstadt Darmstadt bereits weit auf dem Weg zu einer ‚guten‘ Bürgerbeteiligung befindet. So zeigen sich die befragten Bürger*innen, Verwaltungsmitarbeiter*innen und Stadtverordneten mit der Bürgerbeteiligung in Darmstadt im Großen und Ganzen zufrieden. Potentiale für eine ‚bessere‘ Bürgerbeteiligung liegen in erster Linie in den Bereichen Repräsentativität von Bürgerbeteiligung, Informationen über Bürgerbeteiligung, Erwartungsmanagement, politischer Responsivität gegenüber Bürgerbeteiligung sowie der Ressourcenausstattung für Bürgerbeteiligung in Darmstadt.

Die befragten Bürger*innen erachten die Möglichkeiten, sich als Bürger*in einzubringen, als ausreichend. Darüber hinaus vertreten sie die Ansicht, dass Bürgerbeteiligung in Darmstadt im Allgemeinen gut funktioniert. Auch mit der

Planung, Organisation und Durchführung von Bürgerbeteiligungsveranstaltungen im Spezifischen zeigen sich die befragten Bürger*innen weitgehend zufrieden. Die befragten Verwaltungsmitarbeiter*innen und Stadtverordneten teilen diese Einschätzungen im Allgemeinen. Dabei bringen die Bürger*innen durchaus beteiligungsförderliche Einstellungen in die Bürgerbeteiligungsveranstaltung mit. Sie sind politisch höchst motiviert, vertrauen ihren Mitbürger*innen und sprechen sich für eine breite Beteiligung möglichst vieler Bürger*innen trotz möglicher Schwierigkeiten aus. Denn sie erwarten, dass eine breite Beteiligung möglichst vieler Bürger*innen Akzeptanz für bessere politische Ergebnisse herbeiführt. Auch in der Politik stößt die stärkere Einbindung der Bürger*innen in städtische Entscheidungsprozesse weitgehend auf breite Akzeptanz.

Allerdings können diese positiven Schlussfolgerungen lediglich für ältere Personen ohne Migrationshintergrund zutreffend sein, die hoch gebildet sind, einem anspruchsvollen Beruf nachgehen oder im Ruhestand sind, bereits länger in Darmstadt wohnen, keine Kinder haben und in Organisationen sozial aktiv sind. Dass diese Menschen ihren umfassenden Erfahrungsschatz als Bürger*in in die politischen Entscheidungsprozesse einbringen, gilt es zwar zu honorieren. Zur Verbesserung der Gleichheit von Bürgerbeteiligung bedarf es dennoch spezieller Anstrengungen Bürger*innen einzubinden, die bisher nicht erreicht werden konnten. Dazu gehören jüngere Personen mit Migrationshintergrund, die über einen niedrigen Bildungsstand verfügen, beruflich einer einfachen Tätigkeit nachgehen oder arbeitslos sind, eine Behinderung haben und eher nicht in Vereinen und Verbänden zu finden sind. Zur besseren Repräsentativität der Bürger*innen in den Beteiligungsverfahren bietet sich – statt einer breiten Ansprache – eine gezielte Ansprache der spezifischen Bevölkerungsgruppen auf persönlicher Ebene an. Alternativ könnte auch eine persönliche Einladung von zufällig ausgewählten Bürger*innen vorgenommen werden. Daneben kann das deutliche Aufzeigen, wie die Bürger*innen durch die städtischen Vorhaben und Planungen persönlich betroffen sind, aktivierend auf ihre Beteiligung wirken. Denn dadurch wird der Gegenstand der Beteiligung für die Bürger*innen greifbar. Während das Ausmaß der konkreten Betroffenheit sicherlich vom Thema abhängig ist, sind insbesondere in den Stadtteilen gute Voraussetzungen dafür gegeben, die konkrete Betroffenheit der Bürger*innen durch die Vorhaben und Planungen zu verdeutlichen. Mit der Informierung der Bürger*innen bestehen noch einige weitere Möglichkeiten, schwer erreichbare Zielgruppen besser anzusprechen.

Nicht nur zur Verbesserung der Repräsentativität, sondern auch zur Verbesserung des Erwartungsmanagements und der Förderung politischen Vertrauens nehmen Information und Kommunikation eine wichtige Rolle ein. Obwohl die Verwaltung mit der breiten Nutzung vieler verschiedener Medien

einen großen Aufwand zur Informierung der Bürger*innen vornimmt, ist der Kenntnisstand zur Bürgerbeteiligung ausbaufähig. Nicht nur die eingeschränkte Repräsentativität von Bürgerbeteiligung in Darmstadt weist darauf hin. Nur etwa jede*r Zweite der politisch hoch interessierten befragten Bürger*innen kennt übergreifende Informationen zu Bürgerbeteiligung, wie etwa die Vorhabenliste, die Online-Beteiligungsplattform, den Newsletter für Bürgerbeteiligung oder die Leitlinien für Bürgerbeteiligung. Eine bessere Nutzung des Internets als Informationsmedium könnte in diesem Zusammenhang Abhilfe schaffen. Dabei ist auf der einen Seite wichtig, dass die Informationen auf einer Seite bzw. Domäne gebündelt zu finden sind. Weil die Vorhabenliste Dreh- und Angelpunkt der Bürgerbeteiligung in Darmstadt ist, könnte die Vorhabenliste den Mittelpunkt einer zentralen Anlaufstelle für Bürgerbeteiligung im Internet bilden. Zur besseren Erreichbarkeit von jüngeren Personen, Personen mit Migrationshintergrund und Personen mit einem niedrigen Bildungsstand sollten auf der anderen Seite zur Informierung möglichst alle verfügbaren Online-Kanäle wirksam genutzt werden, z. B. die sozialen Medien.

Mit Hinblick auf das Erwartungsmanagement zeigt sich, dass die Erwartungen bezüglich der aktiven Mitwirkung der Bürger*innen nur unzureichend erfüllt werden. In diesem Zusammenhang gilt es die hohen Anforderungen an das Informieren, Anhören und Mitgestalten der Bürger*innen bei Beteiligungsverfahren auf der Stufe „Mitgestalten“ zu beachten. Zudem ist es wichtig, das Erwartungsmanagement bei Beteiligungsveranstaltungen auf niedrigerer Beteiligungsstufe zu beachten, um mit den Veranstaltungen nicht eine gesteigerte Erwartungshaltung der Bürger*innen herbeizuführen. Hierbei ist eine deutliche und konsistente Kommunikation der Ziele von Beteiligungsverfahren notwendig sowie die Gewährleistung, dass die formulierten Ziele von allen Beteiligungsakteuren eingehalten werden.

Auch zur Erhöhung des geringen Vertrauens in die Politik nimmt die Information und Kommunikation eine zentrale Rolle ein. Um die Zuversicht in die Politik mit Bürgerbeteiligung zu stärken, ist es jedoch zunächst wichtig, dass Ideen aus der Bevölkerung realisiert werden oder mit einer Begründung nicht umgesetzt werden. Hierzu müssen die Bürgerbeteiligungsergebnisse transparent aufgearbeitet werden. Darüber hinaus sollte der Projekterfolg schließlich auch explizit auf die Mitwirkung der Bürger*innen zurückgeführt werden. In diesem Zusammenhang geht es also zunächst weniger um eine Steigerung der Anzahl von Bürgerbeteiligungsverfahren oder einer verbesserten Durchführung von Bürgerbeteiligungsveranstaltungen, sondern um die Gewährleistung einer hohen Qualität von Bürgerbeteiligung durch den Umgang mit Bürgerbeteiligungsergebnissen. Der Umgang mit den

Bürgerbeteiligungsergebnissen bedarf dabei einer transparenten Aufarbeitung und öffentlichkeitswirksamen Verbreitung.

Alle diese Punkte machen deutlich, dass die Verwaltung bei der Organisation von Bürgerbeteiligung mit vielen Anforderungen konfrontiert ist. Um zu gewährleisten, dass sie den hohen Ansprüchen gerecht werden können, gilt es deshalb die Ressourcen der Verwaltungsmitarbeiter*innen an die gestiegenen Aufgaben anzupassen. Dies bezieht sich sowohl auf materielle und personelle Ressourcen als auch auf die Fähigkeiten und Kompetenzen der Verwaltungsmitarbeiter*innen. Neben operativen Schulungsmaßnahmen mit ausgeprägter Praxisorientierung benötigen die Verwaltungsmitarbeiter*innen auch eine Standardisierung und Strukturierung von Prozessen, z. B. durch die Entwicklung einer Art Handbuch oder Leitfaden für exemplarische Formen von Bürgerbeteiligungsmaßnahmen.

Diese Studie kann hier nur einen ersten Eindruck zu einem frühen Zeitpunkt bieten. Zur Gewährleistung einer stetig ‚besseren‘ Bürgerbeteiligung bedarf es deshalb nicht zuletzt einer dauerhaften Beobachtung der Bürgerbeteiligungsprozesse in Darmstadt durch ihre Evaluation. Hierfür ist mit der Entwicklung des Fragebogens, der sowohl in allen weiteren Bürgerbeteiligungsveranstaltungen eingesetzt sowie in die Bürgerumfrage integriert werden kann, eine gute Voraussetzung geschaffen worden.

Bibliographie

- Arnstein, S. (1969). A Ladder of Citizen Participation. *Journal of the American Planning Association*, 35(4), 216–224.
- Bogumil, J. (2001). *Modernisierung lokaler Politik. Kommunale Entscheidungsprozesse im Spannungsfeld zwischen Parteienwettbewerb, Verhandlungszwängen und Ökonomisierung*. Baden-Baden: Nomos.
- Brady, H. E., Verba, S., & Schlozman, K. L. (1995). Beyond Ses: A Resource Model of Political Participation. *The American Political Science Review*, 89(2), 271.
- Bühlmann, M. (2010). Kommunale Identität. Eine Mehrebenenanalyse der Determinanten individueller Verbundenheit mit der Gemeinde. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 4(2), 203–231.
- Dalton, R. J. (2008). *Citizen Politics: Public Opinion and Political Parties In Advanced Industrial Democracies*. Washington, DC: CQ Press.
- Holtkamp, L., Bogumil, J., & Kißler, L. (2006). *Kooperative Demokratie: Das politische Potenzial von Bürgerengagement*. Frankfurt am Main: Campus.
- Merkel, W. (2015). Die Herausforderungen der Demokratie. In W. Merkel (Hrsg.), *Demokratie und Krise* (S. 7–44). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Nanz, P., & Fritsche, M. (2012). *Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Norris, P. (1999). *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government*. Oxford: Oxford University Press.
- Norris, P. (2011). *Democratic deficit : critical citizens revisited*. New York [u.a.]: Cambridge University Press.
- Perry, S. (2014). Was erwarten Bürgerinnen und Bürger von ihrer Stadt? In J. W. van Deth (Hrsg.), *Demokratie in der Großstadt. Ergebnisse des ersten Mannheimer Demokratie Audit* (S. 23–50). Wiesbaden: Springer VS.
- Perry, S., & van Deth, J. W. (2015). Soziale und politische Beteiligung in Baden-Württemberg. In Baden-Württemberg Stiftung (Hrsg.), *Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2013/2014* (S. 120–150). Wiesbaden: Springer VS.
- Schlozman, K. L., Verba, S., & Brady, H. E. (2012). *The Unheavenly Chorus: Unequal Political Voice and the Broken Promise of American Democracy*. Princeton: Princeton University Press.
- Schmitt-Beck, R. (2014). Wie informieren sich die Bürger über die Politik ihrer Stadt? In J. W. van Deth (Hrsg.), *Demokratie in der Großstadt. Ergebnisse des ersten Mannheimer Demokratie Audit* (S. 51–80). Wiesbaden: Springer VS.
- Schnaudt, C. (2013). Politisches Vertrauen. In J. W. van Deth & M. Tausendpfund (Hrsg.), *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik? Individuelle und kontextuelle Determinanten politischer Orientierungen* (S. 297–328). Wiesbaden: Springer VS.
- van Deth, J., & Tausendpfund, M. (2012). *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik? Individuelle und kontextuelle Determinanten politischer Orientierungen*. Wiesbaden: Springer VS.

Verba, S., Schlozman, K., & Brady, H. (1995). *Voice and Equality*. Cambridge: Harvard University Press.

Wilson, J. (2000). Volunteering. *Annual Review of Sociology*, 26, 215–240.